Vereinigung
Schweiz-Zimbabwe
Swiss-Zimbabwean Friendship Association
Rundbrief / Newsletter Nr. 72, Dezember 2018

Editorial

Dies ist die letzte Ausgabe des Rundbriefes der Vereinigung Schweiz-Zimbabwe. Nach 30 Jahren und 72 Rundbriefen löst sich die Vereinigung per Ende Dezember 2018 auf, weil sich kein Ersatz für die zurücktretenden Vorstandsmitglieder fand. Die letzte Jahresversammlung findet am 12. Januar 2019 in Zug statt.

Die Vereinigung wurde im April 1988 gegründet – zu einer Zeit, als Zimbabwe und Mugabe weltweit hohes Ansehen genossen und als Modell für Afrika gepriesen wurden. Die Zeiten haben sich geändert. Eine macht- und geldgierige Elite hat ein reiches Land geplündert und an den Rand des Abgrundes gebracht. Im November 2017 musste Mugabe zwar nach einem Militärputsch abtreten. Der landesweite Jubel der ZimbabwerInnen darüber war gross und zeigte, dass sich die Bevölkerung eine Änderung wünscht. Leider legt die neue Regierung aber bis jetzt keine grosse Reformagenda vor und scheint vor Änderungen zurück zu schrecken, was nichts Gutes verheisst. Die Regierung der nationalen Einheit von 2008-2013 machte eigentlich vor, wie sich eine Wirtschaft mit einfachen Mitteln rasch wieder erholen kann. Leider stützt sich die jetzige Regierung offensichtlich nicht auf diese Erfahrungen. Auch wenn sich die Bevölkerung freier fühlt, ist bei vielen die Angst vor Überwachung allgegenwärtig. Wie diese funktioniert, um Zanu-PF die Macht zu erhalten, zeigen immer wieder Berichte über Benachteiligungen bei Nahrungs- oder Saatgutverteilung, oder bei der Zuteilung von Wohnungen.

Die gegenwärtige Politik der gössten Oppositionspartei MDC ist schwer zu begreifen. Einerseits focht sie, ohne genügende Beweise vorlegen zu können, die Wahlergebnisse an und behauptet nach wie vor, um den Wahlsieg betrogen worden zu sein. Zudem liess sich MDC-Präsident Chamisa an einer Veranstaltung zum Gegen-Präsidenten (!) küren und verweigert sich Gesprächen mit der Regierung, obwohl alle BeobachterInnen betonen, wie wichtig eine Zusammenarbeit wäre. Leider ist die Opposition nach wie vor sehr zersplittert und damit schwach und Zanu-PF unternimmt alles, dass es so bleibt. Denn die Zahlen zeigen: Eine geeinte Opposition hätte die Wahlen gewonnen.

In diesem Rundbrief bringen wir unter anderem einen Rückblick über 30 Jahre Vereinigung Schweiz-Zimbabwe, den traditionellen Halbjahresrückblick von Ruth Weiss samt Kommentar, einen Bericht von Dewa Mavhinga, Einschätzungen von Eddie Cross, Berichte über Diamantenschürfer und Woza.

Ihnen, liebe LeserInnen des Rundbriefes und liebe Mitglieder, danken wir für das Interesse, das Sie unserer Arbeit entgegengebracht haben. Es hat uns motiviert, so lange dran zu bleiben.

Gertrud Baud, Mitglied des Vorstandes

Inhalt

Editorial 1
Erste wenn Mugabe geht, gehen auch wir 1
Nach den Wahlen 3
Quo vadis, Zimbabwe – ein Kommentar 5
ZW nach Mugabe: neues Zeitalter – falsche Hoffnung? 7
Ich bin kein Elefant! 9
Im Ausnahmezustand 11
Parteien
Mujuru‘s world crumbles 13
Wirtschaft
Mayor calls for peaceful engagement 13
Zanu chefs milking vendors 14
Harare needs $1 billion for repairs 14
Govt moves to curb inputs abuse 15
Kwekwe machete war claims 14 15
Hwange workers cry foul; Inputs for cotton growers 16
China
We won‘t seize Zim assets: China 17
Zivilgesellschaft
Woza campaigns for free ediucation 18
Literatur
Überleben von Frauen unter Mugabe; Blitzlichter auf 19
die Geschichte; Freud und Leid des Volkes teilen 20
GV 12.1.2019; Impressum; Quellen 20

Erst wenn Mugabe geht, gehen auch wir

Gertrud Baud

Unter dem Titel «Erst wenn Mugabe geht, gehen auch wir» fand am 29. November ein unter anderem von den Balser Afrika Bibliographien und der Vereinigung Schweiz-Zimbabwe organisierter Anlass statt, an dem über die Gründungszeit und die Arbeitsweise der Vereinigung, aber auch über die Zukunftsperspektiven der Solidaritätsarbeit mit Zimbabwe gesprochen wurde. Im Folgenden greife ich einige Ausführungen aus dem Rückblick heraus.

Die Vereinigung wurde im April 1988 in Anwesenheit von 150 Personen, darunter der Botschafter Zimbabwes in Bonn Mashaire, in Basel gegründet. Die Gründungsversammlung erhielt Glückwunschbotschaften von zimbabwischen Regierungsmitgliedern und Organisationen, aber auch vom Regierungspräsidenten Basel-Stadt. Der erste Vorstand bestand aus 11 Personen. Einige wurden deshalb vom Staatsschutz fichiert. Die Gründung vorbereitet hatten unter anderem Mitglieder des Afrika-Komitees und Personen, die in Zimbabwe gelebt und oder gearbeitet hatten.

Zur Gründungszeit genossen Mugabe und Zimbabwe hohes Ansehen in der Weltgemeinschaft. Mugabe galt als integrer Hoffnungsträger, Zimbabwe als Entwicklungsmodell. Nach der Unabhängigkeit 1980 rief Mugabe zu einer Politik der nationalen Versöhnung auf. Er

förderte Schulbildung und Gesundheit für Alle und öffnete den KleinbäuerInnen den Zugang zum Markt. In Zimbabwe selbst waren eine grenzenlose Aufbruchstimmung und Optimismus spürbar. Es ging für Alle vorwärts. Dies war nicht selbstverständlich, denn die Bevölkerung war durch die frühere Apartheidregierung und den Krieg noch lange Jahre traumatisiert. So hörten wir oft: «Wir wurden während der Apartheid schlechter als die Hunde der Weissen behandelt.» Im benachbarten Südafrika herrschte noch die Apartheid und Südafrika unternahm alles, um die Grenzregion Matabeleland durch eindringende südafrikanische Soldaten zu destabilisieren, was das Klima in Zimbabwe längerfristig vergiftete.

Anfänglich arbeitete die Vereinigung stark mit der Regierung zusammen. Regierungsvertreter aus Zimbabwe oder die Botschafter aus Bonn oder Genf waren an den Jahresversammlungen präsent Die Abkehr von dieser Politik erfolgte um das Jahr 2000. Mugabe hatte die Abstimmung um die neue Verfassung verloren, die von einem breiten Bündnis von Organisationen der Zivilgesellschaft und von der neuen Oppositionspartei MDC mit dem ehemaligen Gewerkschaftsführer Morgan Tsvangirai bekämpft worden war. Mugabe sah seine Macht gefährdet und ermunterte die ehemaligen Freiheitskämpfer, Farmen der Weissen zu besetzen. Damit begann der Niedergang Zimbabwes und Ansprechpartner der Vereinigung wurde die Zivilgesellschaft. Wir begleiteten sie im Überlebenskampf im Wirtschaftschaos und der Repression und bewunderten immer wieder den Mut jener, die sich gegen Zanu-PF stellten oder an Demos exponierten.

Leider konnten wir nur wenige ZimbabwerInnen für eine aktive Mitarbeit gewinnen. Die Gründe sind vielfältig. Neben Desinteresse oder Überlastung spielte auch die Angst vor den zimbabwischen Behörden eine Rolle.

Die Hauptarbeit der Vereinigung war Öffentlichkeitsarbeit – eine Lobby für Zimbabwe. Wir wollten damit unsere Solidarität und unser Interesse an Zimbabwe ausdrücken. Die Vereinigung war kein Hilfswerk. Für die Öffentlichkeitsarbeit setzten wir den Rundbrief ein, organisierten Veranstaltungen und intervenierten bei verschiedenen Behörden.

Der Rundbrief

Der Rundbrief erschien zuerst mehrmals jährlich im A4-Format mit Schreibmaschine geschrieben. Mit der Übernahme der Redaktion durch den Journalisten Martin Heutschi wurde der Rundbrief professioneller. Wir versuchten, möglichst viele AutorInnen aus Zimbabwe zu gewinnen: Missionare und Schwestern, Sozialarbeiterinnen, Techniker, ÄrztInnen. Und auch BesucherInnen schrieben immer wieder spannende Berichte. Die Themenpallette war breit: Halbjahresrückblick der bekannten Journalistin Ruth Weiss, Wirtschaft (Diamanten, Landwirtschaft), Landverteilung, Parteien, Zivilgesellschaft (Woza, Gewerkschaften, Kirche, Projekte), Aktuelles (Aids, Operation Murambatsvina), Kultur (Literatur mit Al Imfeld, Petina Gappah, Non Violet Bulawayo, Irene Sabatini, Tsitsi Dangbarengwa; Musik mit Oliver Mutukudzi; Holzbildhauerei mit Methuseli Tshuma; Bilder mit Granete Ngirandi.

Vier willkürlich ausgewählte Nummern des Rundbriefes und drei Themen zeigen, was Zimbabwe damals bewegte.

Rundbrief März 1990: Ein Artikel zum 10. Jahrestag der Unabhängigkeit greift folgende Themen auf: Versöhnungspolitik und freie Wahlen, Einparteienstaat, einzigartige Förderung der KleinbäuerInnen, spürbarste Änderung in Schule und Gesundheitsversorgung, rigide Devisenbewirtschaftung, Misserfolg bei der Landverteilung, Korruption, Mühe mit den StudentInnen, Selbsthilfebewegung.

Rundbrief Januar 2000: Das beherrschende Thema ist Aids als grösste Bedrohung seit Jahren.

Rundbrief Mai 2010: Aus dem Editorial: Es gibt nichts zu feiern. Die Farmbesetzungen gehen trotz einem Verbot des obersten Gerichtes weiter. Die Bereicherung der Eliten ist unglaublich: Immobilien an Toplagen werden zu Schleuderpreisen gekauft, die Diamantenfelder von Marange geplündert. Die Regierung der nationalen Einheit mit der MDC bringt einen wirtschaftlichen Aufschwung, die Repression geht aber weiter. MDC ruft zu gewaltfreien Protesten auf und dokumentiert Menschenrechtsverletzungen.

Rundbrief Mai 2018: Zimbabwe ist seit 38 Jahren unabhängig**.** Wieder aus dem Editorial**:** Mugabe ist im letzten November abgesetzt worden. In Harare jubelten über eine Mio. Menschen. Die Übergangsregierung besteht aus viel Militär Die Menschen setzen grosse Hoffnungen in Mnangagwa und finden, er verdiene trotz vieler Ungereimtheiten eine Chance.

Aids: Regula Ott beschreibt die Omnipräsenz von Aids, den Umgang der Jugendlichen mit der Seuche und fragt sich, was mit den Waisen wird (April 1998). Nach Dr. Fehr ist Aids allgegenwärtig und wird doch totgeschwiegen. Eine Testung ist möglich, aber Medikamente gibt es nicht. Eine seiner besten Mitarbeiterinnen, Mutter von vier Kindern, deren Mann an Aids starb, ist ebenfalls von Aids gezeichnet. Trotzdem heiratet sie traditionsgemäss den 20 Jahre jüngeren Bruder ihres Mannes und gebärt nochmals einen Sohn. Es ist absehbar, dass sie sich von der Geburt nicht mehr erholen kann und sterben wird (Januar 2000). Ein Artikel mit der Überschrift «Abschied vom Lachen» beschreibt die trostlose Stimmung wegen der vielen Aidskranken und Aidstoten und der vielen Beerdigungen (Dezember 2001). Die Arbeit von Prof. Lüthi in der Aids -Klinik in Harare wird beschrieben (Juni 2006). Ganze Dörfer sind ausgestorben, zurück bleiben Kinder und alte Leute. Fotos zeigen eine Grossmutter als Haushaltsvorstand mit ganz vielen (Enkel-)Kindern und ältere Kinder als Haushaltsvorstand mit ganz vielen Kleinkindern (Mai 2008).

Operation Murambatsvina: In dieser Operation wurden im zimbabwischen Winter 2005 informelle Siedlungen zerstört, weil sie für die Bewohner ungesund seien. In Wirklichkeiten sollten aber mutmassliche UnterstützerInnen der Opposition vertrieben werden. Viele Betroffene wurden in der Kälte obdachlos und viele starben in der Folge. Die Dominikanerschwester Patricia Wals hatte die Operation aus nächster Nähe erlebt und berichtete im Rundbrief vom Juni 2005. Im Oktober 2005 berichteten wir nochmals über die Auswirkungen der Operation.

Woza: Die Organisation «Frauen und Männer von Zimbabwe erhebt euch» wurde 2003 in Bulawayo gegründet und hat über 35'000 Mitglieder. Sie setzt sich mit gewaltfreien Aktionen für eine Verbesserung der Lebensverhältnisse ein. Der Mut der aktiven Mitglieder ist bewundernswert. Obwohl die Aktionen gewaltfrei sind, werden DemonstrantInnen immer wieder geschlagen und verhaftet. Seit Oktober 2005 berichteten wir regelmässig über Woza.

Die Veranstaltungen

Vor allem zu Beginn pflegten wir einen intensiven **kulturellen Austausch**. In jener Zeit war die zimbabwische Musik praktisch unbekannt. Ein Höhepunkt war sicher die Organisation der Rundreise von **Oliver Mutukudzi** and the Black Spirits im Sommer 1994 in vier Städten. Das Konzert in Basel am 9. Juni 1994 mit einem enthusiastischen Publikum wurde als CD aufgenommen. Die Mbira-Spielerin und Sängerin **Virgina Mukwesha** trat im Mai 1997 und im Mai 2003 in Basel auf, auch hier war die Stimmung phantastisch. Der **Holzbildhauer Methuseli Tshuma** zeigte seine Skulpturen im September 2003 in Winterthur. Immer wieder zeigten wir **Filme,** unter anderem «Neria» über den Kampf einer Witwe um ihr Erbe; «Flame» über den Werdegang zweier Befreiungskämpferinnen; oder «Democrats» über die Ausarbeitung der neuen Verfassung mit Exponenten von MDC und Zanu-PF.

Referate oder Podien deckten unterschiedliche Themen ab, beispielsweise «Heilen mit spirituellen Kräften» im Dezember 1996 mit Barbara Kehlnhofer; ein Shona-Kurs an der Uni 1997 mit Mary Erdin; das Podium «wohin steuert Zimbabwe» mit Botschafter Jokonya, einem Vertreter einer kirchlichen NGO J.K. Gokova und Monika Oettli, Korrespondentin Radio DRS in Zimbabwe 1998; über «Jungsein in Zimbabwe» mit der jungen Zimbabwerin Marilyn Runona 2007; «Shonglish» über die neue Entwicklung der Sprache zwischen Shona und Englisch mit Prof. Vlora Veit-Wild von der Humboldt-Universität Berlin 2008; diverse Referate von Ruth Weiss, Marlon Zakeyo, Barbara Müller u.a.

Verschiedene Interventionen bei Behörden: Beispielsweise verlangte die Vereinigung von der Regierung in Zimbabwe den sofortigen Stopp der Operation Murambatsvina (Juni 2005) oder die sofortige Aufklärung der Entführung von Itai Dzamara (Mai 2015). Wegen des Drucks von zimbabwischen Noten wurde bei der deutschen Druckerei interveniert.

Nach den Wahlen

Ruth Weiss

In ihrem traditionellen Rückblick auf das vergangene halbe Jahr stellt Ruth Weiss die wichtigsten Ereignisse zusammen.

Politik

In den Wahlen vom 30. Juli gewann Zanu-PF im Parlament eine 2/3 Mehrheit und Emmerson Dambudzo Mnangagwa (ED) gewann die Wahlen zum Präsidenten mit 50.8% gegen Nelson Chamisa vom Movement for Democratic Change (MDC). Eine Demo nach den Wahlen wurde von der Armee gewaltsam aufgelöst. Sechs Tote blieben zurück. Mnanangagwa distanzierte sich von der Aktion der Armee und ernannte eine internationale Untersuchungskommission zur Abklärung der Ereignisse. Trotz Video-Aufnahmen bestreitet die Armee, die unter Führung von Vizepräsident und Verteidigungsminister Constantino Chiwenga steht, die Verantwortung für die Toten und beschuldigt im Gegenzug MDC.

Das auf 20 Personen reduzierte Kabinett besteht aus Technokraten, einigen neuen Gesichtern und einigen Hardlinern. Die alte Garde erhielt Posten in der Zanu-PF. Die Ernennung des angesehenen und international bekannten Ökonomen Prof. Ncube als Finanzminister stiess auf viel Zustimmung. Der Minister für Staatssicherheit ist ein Anhänger Mnangagwas. Die Ernennung der weissen Olympiasiegerin Kirsty Coventry zur Sportministerin ist ein geschicktes Zeichen gegenüber der weissen Bevölkerung und der internationalen Gemeinschaft. Belastend war, dass sich die Zeugnisse von Gesundheitsminister Obadiah Moyo als gefälscht herausstellten. Das Ministerium für Verteidigung- und Kriegsveteranen wird neu von Oppah Muchinguri-Kashiri geführt.

Der Präsident beschränkte den Einfluss der Armee, die in der Übergangszeit wichtige Positionen bekleidete: Die Armee stellte zwei Vizepräsidenten, den Minister für Verteidigung und Kriegsveteranen, den Minister für Aussenbeziehung und Agrarwirtschaft und besetzte wichtige Positionen in der Zanu-PF. Mugabe politisierte

die Armee 1980 im Kampf gegen seinen Rivalen Joshua Nkomo von Zapu. Ab 2000 stützten die Generäle Mugabes Macht mit brutaler Gewalt, bis sie ihn stürzten. Angeblich möchte Mnangagwa die Macht der Militärs weiter begrenzen. Er will die Militärs zurück in die Baracken weisen, die Sicherheitskräfte entpolitisieren und die Zivilkontrolle über Staat und Regierung sichern.

In Matabeleland wurden bei Massengräbern die Beschriftungen entfernt, was viele Aktivisten empörte. Erstaunlicherweise wurde ein Film über die Zeit der Gukurahundi-Massaker (1982-1987) erlaubt.

Zanu-PF

Zanu-PF ist nach wie vor gespalten und es gibt verschiedene Fraktionen. Streit entstand erneut um die Nachfolge des Präsidenten. Angeblich wollte diese Vizepräsident Constantino Chiwenga 2023 antreten, was nun Krankheit vereitelte.

Im Attentatsversuch vom Juni auf Mnangagwa ermittelt die Polizei erstaunlich langsam. Die Kriegsveteranen kritisierten Prominente, die angeblich ED nicht unterstützten. Mnangagwa versprach ein schnelles Vorgehen im Mordfall eines Zanu-PF Mitglieds, das zu MDC wechselte. Doch nach fünf Monaten ist immer noch nichts unternommen worden. Im Oktober erklärte das Gericht den Public Order and Security Act (Posa) als unrechtmässig. Die Regierung versprach dessen Aufhebung, sowie die Aufhebung des Access to Information and Protection of Privacy Act (Aippa).

Die Partei schaut immer noch gut zu ihren Kadern: Diverse Führer von Zanu-PF erhielten Autos im Wert von US$ 5 Mio.

Opposition

Der Präsident von MDC, der umstrittene 40-jährige Nelson Chamisa, erzielte einen beachtlichen Wahlerfolg. Er ist der Überzeugung, wegen Unregelmässigkeiten während der Wahlen um den Wahlsieg betrogen worden zu sein.

Mit der Untersuchung um die sechs Todesfälle und die mindestens 14 Verletzten bei der Demo nach den Wahlen wurde der einstige südafrikanische Präsident Kgalema Motlanthe beauftragt. Sein Bericht wird wichtig sein. Vizepräsident Constantino Chiwenga hatte der Armee befohlen, der Polizei bei Beendigung einer Demo nach den Wahlen behilflich zu sein. Die Generäle sowie die Polizei stritten vor der Kommission ab, dass Soldaten verantwortlich für die Schüsse waren und beschuldigten die Opposition und andere Zivilisten. Ärzte hingegen klagten die Armee an, denn Untersuchungen der Toten zeigten, dass diese bei der Flucht erschossen wurden. Andere seien geschlagen worden. Dazu hätten Militärs Beweise entfernt und versucht, die Todesursache zu fälschen. Viele Opfer hatten nichts mit der Demo zu tun. Der EU-Bericht über die Wahlvorgänge erklärte, die Armee habe auf Zivilisten geschossen. Mehrere Medien zeigten Videos, die ebenfalls darauf hinwiesen.

Die Kommission hatte bestimmte Personen wie Chamisa von MDC vorgeladen. Chamisa verweigerte die Zeugenaussage. Er hielt es für unfair, vorgeladen zu werden, während weder der Präsident noch der Vizepräsident aussagen müssten. Er bestreitet, zur Demo vom 1. August aufgerufen zu haben. Sollte der Untersuchungsbericht die Verantwortung der Armee bestreiten, würde das auf heftige Skepsis stossen und die Instabilität vergrössern.

Am 9. September sollen Sicherheitstruppen im Zentrum und im Nordosten Personen geschlagen und verschleppt haben. Frauen seien vergewaltigt worden. Vor einer am 11. Oktober geplanten Demo wurden 42 Gewerkschaftsführer verhaftet, worauf die EU intervenierte. Am 17. November wurden fünf Anhänger von MDC angeklagt, weil sie einen Soldaten angegriffen hätten.

Krise

Das polarisierte Land erlitt die schlimmste Wirtschaftskrise seit zehn Jahren. Das vom neuen Finanzminister Ncube vorgelegte Stabilisierungsprogramm sah neben einer Reduktion der Ausgaben auch eine Erhöhung der Einnahmen durch die Besteuerung von elektronischen Überweisungen vor. Jede Überweisung über US$ 10 wird mit 2 Cent besteuert. Damit sollten US$ 700 Mio. eingenommen werden und der informelle Sektor sollte in das Steuersystem eingebunden werden.

Für die Bevölkerung zerrann die Hoffnung auf bessere Zeiten. Die Steuer stiess auf grossen Protest. Panikkäufe, leere Regale, Devisenknappheit und Preisanstiege waren die Folge. Tankstellen verkauften kein Benzin, Geschäfte schlossen. Läden wie Apotheken, Privatschulen, selbst Farmarbeiter, forderten die Bezahlung in Dollar. Lehrer demonstrierten. Selbst Brot wurde zum Luxus, bis sich der Preis stabilisierte. Eine grosse Goldmine stellte eine Zeitlang wegen Devisenknappheit die Arbeit ein. Der Kohlebetrieb, der das Energienetzwerk beliefert, wurde unter Zwangsverwaltung gestellt. Läden schlossen, andere sind nur bestimmte Stunden offen. Der Schwarzmarkt floriert. Mnangagwa erliess ein Gesetz zur drakonischen Bestrafung der Geldwechsler. Analytiker erklären, dies sei keine Lösung, der Parallelmarkt würde nur tiefer in den Untergrund gehen.

Die Importkontrolle für tägliche Waren wurde aufgehoben, aber die Importeure benötigen eigene Devisen.

Die Bevölkerung leidet unter schlechten Dienstleistungen. Nur die Elite kann sich die Erziehung ihrer Kinder und medizinische Hilfe im Ausland leisten. Die Massen müssen sich mit überlasteten, unzulänglichen Krankenhäusern begnügen, die zum Teil nur eine Krankenschwester für 30 Patienten haben. Kranke sterben wegen fehlenden oder unbezahlbaren Medikamenten und schlechter Pflege im Krankenhaus. Es fehlt an Allem, selbst an Watte für gebärende Mütter, für die die Dienste eigentlich gratis sind. Harares Infrastruktur ist vernachlässigt, die Strassen sind voll Löcher. Die zuständige Ministerin fordert Latrinen für StrassenhändlerInnen. Die Stadt sitzt auf einer Gesundheitsbombe, wie die kürzlichen Typhus- und Cholera-Ausbrüche zeigten. Vielen BewohnerInnen fehlt seit Jahren der Zugang zu sauberem Trinkwasser oder zu einem ordentlichen Abwassermanagement. 50% der Bevölkerung haben keinen Zugang zu Elektrizität.

Seit fünf Jahren ist die Liquidität knapp. Der informelle Sektor umfasst 95% der Bevölkerung und ist der zweitgrösste nach Bolivien. Zum Bezahlen werden elektronische Transaktionen benutzt. Die Benutzung täglicher Bruttoabwicklungskonten ermöglichte die elektronische Überweisung der Löhne u.a. an Beamte. Die 2016 eingeführte Zentralbanknote verlor gegenüber dem US-Dollar an Wert, der Schwarzmarkt blühte. Im September wurden Zentralbanknoten im Verhältnis von 180% gegenüber dem US-Dollar gehandelt, am Monatsende von 400%, am 16. November von 250%.

Wirtschaft

Die Regierung lebt über ihre Verhältnisse. Die hohe Verschuldung ist für die Krise verantwortlich. Die

Schulden stiegen ab 2012 von US$ 275.8 Mio. auf untragbare US$ 16.9 Mrd. im Jahr 2018. Das Budgetdefizit könnte von US$ 2.5 Mrd. im Juli auf US$ 2.7 Mrd.im Dezember steigen. Die Wahlen, die Lohnerhöhung vor den Wahlen, Agrar- und Benzinsubventionen belasten das Budget. Die Dienstleistungen und die Infrastruktur litten. Ohne Abzahlung von alten Krediten an Weltbank und African Development Bank sind neue Kredite nicht zu erwarten.

Das Kabinett bewilligte 11 Projekte mit Investitionen im Wert von US$ 5.3 Mrd. Die Goldproduktion stieg von US$ 24 Mio. auf US$ 30 Mio. Die Tabakproduktion stieg von 190 Mio. kg (2017) auf 252 Mio. Es wurden Ölvorkommen entdeckt. Die Registrierung von Unternehmen wurde gesetzlich erleichtert. Das Handelsdefizit verbesserte sich im August um 44% auf US$ 127 Mio. verglichen mit US$ 229 Mio. im Februar. Insgesamt stieg der Handel zwischen Februar und August um 25% auf US$ 6.4 Mrd. verglichen mit US$ 5.1 Mrd. im Jahr 2017.

Am 22. November stellt Finanzminister Ncube sein Spar- und Reformbudget für 2019 vor. Die Regierungs-Zentralbankanleihen und –Schuldscheine sollen begrenzt werden. Reise- und Lohnkosten werden gekürzt, Botschaften rationalisiert. Zulagen für Parlamentssitzungen und weitere Kosten werden überprüft. Die Kosten für Beamte sollen 2019 um US$ 200 Mio. und 2020 um US$ 130 Mio. gesenkt werden. Die Entlassung von Beamten im Rentenalter und die Kürzung der Reisekosten hat schon begonnen. Obwohl es einen Neuanstellungsstopp gab, stieg die Zahl der Beamten von 248‘000 (2012) auf 298‘000 (2018). Die monatlichen Lohnkosten betragen US$ 271 Mio. Von den 107 staatlichen Gesellschaften sollen 41 umstrukturiert werden. 23 staatliche Unternehmen sind tief verschuldet, praktisch bankrott.

Trotz des neuen Kommando-Agrarsystems wurde Mais weiter importiert. Etwa 1.1 Mio. Tonnen Mais werden bis im März als Hungerhilfe benötigt. Farmgeräte werden ab Oktober nicht mehr verschenkt.

Eine Entschädigung für weisse Farmer ist geplant. Diese sollen US$ 40 Mio. als Entschädigung erhalten. Die Revision der Landverteilung ist im Gang.

Korruption

Die offizielle Buchführerin war entsetzt über das Tohuwabohu in der Regierungsbuchführung, die keine richtige Prüfung ermögliche. Es fehlen wichtige Belege für grosse Beträge. Beispielsweise fehlen bei Air Zimbabwe Belege für über US$ 17 Mio. Die Korruption ist im Sozialgefüge eingebettet. Steuer, Strassenbau, Transport, und sogar die Justiz sind betroffen. Selbst der Bergwerksminister ist im Fall der bankrotten Hwange Colliery Mine betroffen.

Mnangagwa versprach, die Korruption zu bekämpfen und schuf in seinem Büro eine Sonderstelle. Aber auch er hatte Jobs an Parteifreunde und Verwandte vergeben. Anklagen wegen Korruption wurde zwar gegen sechs ex-Minister erhoben, aber sonst kommt der Kampf nur schleppend voran. Die Anklagen waren selektiv. Ein prominenter Geschäftsmann wurde wegen Betrug und Steuerumgehung festgenommen. Verbündete von Mnangagwa wurden nicht belangt. Mehrere Personen in hohen Positionen werden der Korruption beschuldigt, ohne dass etwas passiert. Noch sind keine Grössen hinter Gitter. Einige wurden wegen Kleinigkeiten angeklagt und kamen auf Kaution frei. Am 7. November erschienen vier Prominente, darunter auch Mugabes Schwiegersohn, vor Gericht wegen unterschiedlichen Anklagen. Ex-Lokalminister Saviour Kusukuwere wurde wegen Abgabe von Land an Grace Mugabes Schwester und wegen Betrug angeklagt. Auch der ex-Uni-Vizekanzler wurde angeklagt. Die Herkunft von Besitz im Wert von US$ 2 Mrd. von ex-Ministern und Bürokraten wird untersucht. Der Aufforderung, im Ausland verstecktes Geld wieder nach Zimbabwe zu bringen, wurde nur zögerlich gefolgt. Weniger als eine Milliarde US-Dollar wurden aus dem Ausland repatriiert.

(Skorping, 21. November 2018. Ruth Weiss lebte lange im südlichen Afrika und arbeitete als Wirtschaftsjournalistin u.a. für den Guardian und die Financial Times. Sie schreibt seit Jahren für den Rundbrief jeweils einen Halbjahresrückblick.)

Quo vadis, Zimbabwe – ein Kommentar

Ruth Weiss

Mugabes Abgang befreite die Bevölkerung von der stetigen Angst, etwas Falsches auszusprechen, obwohl es immer noch 10 Verfahren wegen „undermining the president“ gab. Doch die lauwarme Reaktion der Beobachter auf die Wahlen im Juli legitimierte Mnangagwa nicht und überschattet die neue Regierung. Die EU beanstandete u.a. „Unzulänglichkeiten“ bei der Wähler Registrierung. Die Katholische Rechts- und Friedenskommission sprach von Gewalt und Einschüchterung. Auch der Bericht des Commonwealth erklärte, es seien keine freien und fairen Wahlen gewesen.

Trotz grösserer Freiheit fehlt weiterhin die Demokratie. Die drakonischen Gesetze gegen die Presse-, Meinungs- und Demonstrationsfreiheit sind noch nicht abgeschafft. Im Oktober nahmen die willkürlichen Verhaftungen wieder zu. Amerika forderte Taten für die Demokratie und nicht nur Worte.

Das Land befindet sich in einer tiefen Wirtschaftskrise. Schuld an der Devisen-, Geld- und Warenknappheit - und damit am Preisanstieg - sind erstens zu hohe Regierungsausgaben und die daraus entstehende untragbare Schuldenlast. Zweitens tätigte die Regierung Mugabe in den letzten Jahren keine Investitionen. Gründe für das Budgetdefizit sind die hohen Subventionen, beispielsweise auf Benzin, oder Milliardenausgaben für das „Kommando-Agrarprogramm“ sowie die Beamtenlöhne. Diese beanspruchen fast das gesamte Budget. Vor den Wahlen wurde der Beamtenlohn noch erhöht. Selbst während der Krise versprach Finanzminister Ncube einen Bonus für 2018 und Parlamentarier erhielten teure Autos.

Mnangagwa erklärte, Zimbabwe sei „offen für Geschäfte“. Analytiker kritisieren aber, dass Mnangagwas gegenwärtiges Handeln das Gegenteil seiner Parole „offen für Geschäfte“ sei. So unterstützt er das von der Armee abhängige „Agrar-Kommando-Programm“, das ab 2020 vom Privatsektor übernommen werden soll. Auch der Bergwerksektor, der 8% zum BSP beiträgt,

und von dem Mnangagwa sich eine Ankurblung der Wirtschaft erhofft, ist noch stark vom Staat kontrolliert.

Nötig ist eine Liberalisierung des Wechselkurses und eine Reform des Geldsystems. Der Versuch, durch Zentralbanknoten die Geldknappheit zu lösen - also Geld zu drucken - konnte keinen Erfolg bringen, da diese Zentralbanknoten im Ausland nicht benutzt werden können. Es gäbe mehrere Optionen für Änderungen, wie etwa wieder ein Multi-Währungs-System einzuführen, wie in der Zeit der Koalition (2008-2013), oder den Rand als Währung zu übernehmen und dem südafrikanischen Geldsystem beizutreten.

Die Verschuldung ist enorm und beträgt US$ 16.9 Mrd. Ohne Bewältigung des Schuldenrückstands können keine neuen Weltbank- und IWF Kredite erwartet werden. Ncube könnte Verhandlungen unter dem Länderprogramm der höchst verschuldeten ärmsten Länder beginnen, womit jedoch Zanu-PF Grössen nicht einverstanden seien.

Zimbabwe hat seit 1999 seine Schulden nicht mehr bedient und damit das Vertrauen der Gläubiger verloren. Das kann nur durch einen realistischen Schuldentilgungsplan zurückgewonnen werden. Ncube erklärte, Weltbank/IWF einen annehmbaren Plan vorgelegt zu haben. Eine Lösung des Schuldenproblems würde Investoren anziehen und eine neue Industrialisierung ermöglichen. All das benötigt aber Zeit.

Präsident Mnangagwa muss die Menschenrechte respektieren, die Korruption beenden, den enteigneten Farmern Wiedergutmachung zahlen, Besitzrechte schützen, Währungs- und andere Reformen wie das Wahlrecht der Diaspora einführen. Die Frage ist, ob die Politik ihm und dem politisch unerfahrenen Minister Ncube das erlaubt. Von Beginn an spürte letzterer den Druck der Zanu-PF Grössen.

Wird es am Ende eine Machtfrage zwischen Mnangagwa und Zanu-PF werden? Mnangagwas knapper Wahlsieg bewies, dass er nicht von allen Zanu-PF Elementen unterstützt wurde. Wie immer stand Politik und Bereicherung im Mittelpunkt für die Regierungspartei. Zanu-PF leidet angeblich u.a. unter einem Handelskrieg zwischen vier Fraktionen, einschliesslich jener der Kriegsveteranen, die um Ressourcen, vor allem um den lukrativen Benzinhandel, kämpfen. Obwohl die alte Garde der Zanu-PF nicht mehr im Kabinett ist, geniesst sie Minister-ähnliche Privilegien und murrte wegen Ncubes Sparkurs. Korruption hat das gesamten Sozialgewebe durchdrungen, fast werden Andersdenkende als dumm angesehen. Selbst die verschlechterte Wirtschaftslage öffnete neue Bereicherungsmöglichkeiten. So wurde gelieferte Ware an Tankstellen und Supermärkten nur zum Teil zum Verkauf angeboten, grosse Anteile verschwanden durch die Hintertür zu höheren Preisen.

Die Armee ist weiter einflussreich. Sie hatte zwar behauptet, ihr Eingriff 2017 sei nur eine Unterstützung der Verfassung und kein Putsch gewesen, aber an einer wirklichen Demokratie ist eine autoritäre Struktur wie die Armee wenig interessiert. Bislang wurde gemunkelt, Vizepräsident General Constantino Chiwenga habe präsidiale Gelüste, doch wegen einer Krankheit im Oktober soll er diese aufgegeben haben. Trotzdem ist Chiwenga weiter ein mächtiger Mann. Als Oberbefehlshaber von 2003-2017 hatte er schliesslich die oberen Offiziere wie Brigadier, Major und Generäle ernannt. Ehemalige Militärs wurden in Mugabes Zeiten in staatlichen Institutionen wie die Wahlkommission eingestellt. Um sich abzusichern, schwächte Mnangagwa den Einfluss der Armee und Polizei innerhalb der Regierung durch Entlassungen, Umkrempeln und Neubesetzung einiger Posten. Manche befürchten, Mnangagwa würde eine weitere Legislatur ab 2023 nicht durchhalten. Ethnien spielen nach wie vor eine Rolle. Mugabe gehörte der Zezuru Gruppe der Shonasprachigen an, sodass diese sich in der Elite in der Mehrheit befanden. Mit Oppah Muchinguri-Kashiri als Ministerin für Verteidigung und Kriegsveteranen ist eine Manyika auf dem wichtigen Posten. Auch der neue Armeechef ist ein Manyika. Damit sind nun keine Zezuru mehr unter der militärischen Elite. Der Chef der Luftwaffe und der Chef des Geheimdienstes gehören der Gruppe der Karange an, wie auch der Präsident. Dies könnte weitere Konflikte erzeugen.

Kurzfristig wird die Bevölkerung den Gürtel um den bereits mageren Körper weiter enger schnallen müssen, mittelfristig wird eine Strukturanpassung nötig sein, sodass ein harter Sparkurs erforderlich ist. Keine neue Regierung kann über Nacht eine Wirtschaft umdrehen mit horrenden Schulden, verarmter Bevölkerung,

ineffizienten Beamten, in Luxus schwelgender Elite. Eine Kehrtwende der Einstellung der Regierenden ist nötig. Mit politischem Willen könnte ohne grosse Ausgaben viel erreicht werden: Alle korrupten Minister und Beamten egal welcher Partei könnten abgesetzt und angeklagt werden. Das Beamtentum könnte rationalisiert und die Effizienz beim Inkasso der Steuern könnte verbessert werden. Die Gesetze müssen der Verfassung angepasst werden und unnötige Ausgaben für unproduktive staatlichen Institutionen und Unternehmen müssen sofort beendet werden.

Zuletzt muss man sich erinnern, dass Mugabe am Ende erst ging, nachdem ihm ein Gewehrlauf vors Gesicht gehalten wurde. Sollte sich das widerholen, so wäre eine Militär-Regierung nicht auszuschliessen.

(Skorping, 21. November 2018. Ruth Weiss lebte lange im südlichen Afrika und arbeitete als Wirtschaftsjournalistin u.a. für den Guardian und die Financial Times. Sie schreibt seit Jahren für den Rundbrief.)

Zimbabwe nach Mugabe: Beginn eines neuen Zeitalters oder falsche Hoffnung?

Dewa Mavhinga

Im November 2017, also vor mehr als einem Jahr, beendete ein Militärputsch die 37-jährige Herrschaft von Präsident Robert Mugabe und ebnete den Weg für seinen Stellvertreter Emmerson Mnangagwa. Es ist Zeit, Bilanz zu ziehen und zu schauen was – wenn überhaupt – sich in diesem Jahr geändert hat.

In den Tagen nach dem Putsch mit dem Decknamen «Operation Restore Legacy», aber auch während des Wahlkampfes für die Wahlen vom vergangenen Juli, wiederholte Mnangagwa sein Versprechen, faire und freie Wahlen durchführen zu lassen. Er versprach Veränderungen und sagte der Korruption den Kampf an. Er versprach, die Wirtschaftslage zu verbessern, neue Kontakte zur internationalen Gemeinschaft zu knüpfen und eine neue Ära der Demokratie einzuführen. Immer wieder betonte er mit Nachdruck, dass in Zimbabwe ein neues Zeitalter angefangen habe, dass das Land offen für Unternehmen sei.

Als Millionen von Zimbabwerinnen und Zimbabwern sich an den mehrheitlich friedlichen Wahlen des 30. Juli beteiligten, schien es tatsächlich so, als ob in Zimbabwe ein neues Kapitel angefangen hatte, weg vom für Mugabes Herrschaft typischen Klima der politischen Gewalt und Straffreiheit dafür. Obwohl es immer wieder zu Bedrohungen und Einschüchterungen kam – vor allem in den ländlichen Gegenden, wo das Militär mit dem Auftrag, den Wahlsieg der Zanu-PF zu sichern, hingeschickt wurde – war das Ausmass der offen ausgeübten politischen Gewalt viel kleiner, als in der Vergangenheit. Man muss Mnangagwa zugutehalten, dass er es oppositionellen Gruppen ermöglichte, im Vorfeld der Wahlen Wahlkampf zu betreiben. Ausserdem liess er zum ersten Mal seit 20 Jahren ausländische WahlbeobachterInnen und Medien aus der EU, den USA und England zu. Die damalige Botschafterin des Vereinigten Königreichs, Catriona Laing, sagte mir gegenüber, die im ganzen Land verteilten internationalen BobachterInnen seien als positives Zeichen zu werten.

Der plötzliche Gewaltausbruch nach den Wahlen am 1. August, als uniformierte Soldaten mit scharfer Munition auf protestierende Menschen in Harare schossen und dabei mindestens sechs Personen am helllichten Tag töteten, schockierte die Weltgemeinschaft und liess ernste Zweifel an Mnangagwas Mantra vom Beginn eines neuen Zeitalters aufkommen. Der Protest richtete sich gegen vermutete Verzögerungen bei der Bekanntgabe der Wahlresultate, welche später Mnangagwa mit einem hauchdünnen Vorsprung von nur 0.1% (womit eine Stichwahl verhindert wurde) zum Sieger erklärten. Sein Konkurrent, der 40-jährigen Nelson Chamisa von der oppositionellen MDC-Allianz, übernahm die Führung seiner Partei letzten Februar nach dem Tod von Morgan Tsvangirai. In den Tagen nach den Gewaltausbrüchen bestritt Mnangagwa, die Soldaten in die Strassen geschickt zu haben und verpflichtete sich, eine Untersuchungskommission, welche die Vorfälle untersuchen sollte, einzuberufen. Einen Monat später wurde die siebenköpfige Kommission unter dem Vorsitz des ehemaligen südafrikanischen Präsidenten Kgalema Motlanthe einberufen.

Nach den Wahlen verkündete Mnangagwa zwar die Einsetzung eines schlankeren Kabinetts, dekorierte dann aber die ausgemusterten Minister mit einflussreichen Positionen. Ein führender Funktionär der Zanu-PF erklärte mir Mnangagwas neuen Ansatz folgendermassen: «Wir fürchten uns nicht vor einem verkleinerten Kabinett, da wir nun das Regierungsmodell der Kommunistischen Partei Chinas anwenden, wo die Partei über der Regierung steht. Die Kabinettsmitglieder erhalten ihre Instruktionen vom Exekutivkomitee der Partei, dem Politbüro«. Mit der Ernennung des gemeinhin als Technokraten eingeschätzten Professors Mthuli Ncube zum neuen Finanzminister erhält ein ausserhalb von Zanu-PF stehende Person eine wichtige Position. Ein weiterer führender Funktionär der Zanu-PF beschrieb den neuen Finanzminister als «klug, aber politisch naiv». Der erwähnte Minister würde die Instruktionen, welche Wirtschaftsstrategien umgesetzt werden sollen, von der Zanu-PF erhalten.

Bezüglich Demokratie, Governance und Menschenrechte hat die Regierung Mnangagwas bis jetzt wenig Änderungen bewirkt. Mehr noch, Mnangagwa zeigte sich offen wiederwillig, sich mit schwerwiegenden Menschenrechtsverletzungen der Vergangenheit auseinanderzusetzten. Stattdessen rief er die Zimbabwerinnen und Zimbawer dazu auf, die Vergangenheit Vergangenheit sein zu lassen. Weiter muss seine Regierung erst noch tätig werden, um die repressiven Gesetze wie das Gesetz über den Zugang zu Informationen und zum Schutz der Privatsphäre, das Gesetz über die öffentliche Ordnung und Sicherheit und das Strafgesetz zu ändern oder ganz aufzuheben. Diese Gesetze mit ihren offenen und schwammig formulierten Artikeln zur üblen Nachrede, Ehrverletzung und Verleumdung, sowie mit den drakonischen Strafen wurden unter Mugabe verwendet, um grundlegende Rechte stark zu beschneiden und einzuschränken. Es wurden bereits mehrere Aktivisten wegen Beleiding von Präsident Mnangagwa festgenommen und inhaftiert. Anlässlich der Präsentation des Staatshaushaltes 2019 schlugen Polizisten Abgeordnete der Oppositionsparteien zusammen und vertrieben sie aus dem Regierungsgebäude, als diese sich

weigerten, zu Ehren Mnangagwas aufzustehen, als dieser den Raum betrat.

Mit dem Mantra über den Beginn eines neuen Zeitalters sicherte sich Mnangagwa die öffentliche Unterstützung des im Exil lebenden Telekommillionärs Strive Masiyiwa. Dieser sagte im Oktober 2018, er glaube Mnangagwa, dass er versuchen wolle, die Zukunft des Landes zu wenden. Er sagte weiter, dass es Zimbabwe verdiene, eine Chance zu bekommen und verlangte die Aufhebung der Sanktionen gegen das Land. Aber es melden sich auch Stimmen, wonach sich die wirtschaftliche Lange unter Mnangagwa verschlechterte. Diese Stimmen legen nahe, dass die Situation unter Mugabe vielleicht doch besser war.

ZimbabwerInnen hatten hohe Erwartungen an den neuen Finanzminister und hofften, er würde zur Lösung der Liquiditätskrise beitragen. Stattdessen führte er eine Steuer von 2% ein, welche eine landesweite massive Preiserhöhung, eine Treibstoffknappheit sowie einen Engpass an Gütern des täglichen Bedarfs zur Folge hatte. Am 22. November 2018 dann präsentierte Nucube dem Parlament ein schwaches Haushaltsbudget für das kommende Jahr. Das Budget sah vor, dass mittels Steuern Einkommen generiert werden soll. Er schwieg sich aber dazu aus, wie das Parlament die ausufernde Korruption in den Griff bekommen sollte, oder wie die masslosen Ausgaben, die in den Monaten nach dem Staatsstreich die Staatsschulden in die Höhe schiessen liessen, eingedämmt werden sollten. Die grossen wirtschaftlichen Probleme werden aufgrund der Preisverzerrungen weiter bestehen. Da die Preise an den US-Dollar gekoppelt sind, wird auch die Inflation nicht nachlassen. Sie wird vielmehr weiter steigen, da sich auch der Wechselkurs zwischen US-Dollar und Zentralbanknoten weiter verschlechtert.

Die Strategie, mittels Steuererhöhungen eine Erholung der Konjunktur zu bewirken, führt zu einer gleichzeitig mit der Steuererhöhung steigenden Inflationsrate. Die Unternehmen werden die Steuererhöhungen einfach auf die bereits schon überbelasteten Konsumenten abwälzen. Aufgrund des akuten Mangels an Fremdwährung sehen sich Unternehmen gezwungen, diese auf dem Schwarzmarkt zu beschaffen, um Rohstoffe oder bereits fertige Produkte einführen zu können. Da 90% des Einkommens für die Löhne der Beamten verwendet wird, bleibt der Regierung auch wenig Spielraum, Geld für die Tilgung der Staatsschulden zu sammeln, oder sich auf die Entwicklung zu konzentrieren. Würde sich die Regierung bereit erklären, den gesamten Verwaltungsapparat einer gründlichen Überprüfung unterziehen zu lassen, könnten tausende von Geisterstellen gestrichen werden – was wiederum zu signifikanten Einsparungen führen könnte.

Es wäre grossartig, wenn die Regierung es schaffen könnte, ein bisschen Einkommen in Fremdwährung zu erzielen. Aber das Problem liegt bei der Zentralbank, die die Vergabe der Fremdwährung kontrolliert. Die Verteilung der Fremdwährung ist anfällig für Korruption. Wer politisch vernetzt ist, erhält Fremdwährungen, die dann zu einem grossen Teil auf dem Schwarzmarkt landen und damit die Inflation weiter anheizen.

Es scheint so, als ob der Fokus der Regierung stark auf die Wirtschaft gerichtet ist. Aber trotzdem wurde bis jetzt wenig unternommen, um eine für Investoren attraktive Umgebung zu schaffen. Es ist definitiv nicht ausreichend, zu betonen, dass Zimbabwe «offen für Investoren» sei. Es gibt kaum Hinweise auf greifbare Reformen, die Investoren und die Internationale Gemeinschaft tatsächlich vom Beginn einer neuen Ära überzeugen könnten. Was Zimbabwe jetzt braucht, sind nicht diese bruchstückhaften und zum Grossteil kosmetischen Reformen. Was es braucht, sind vielmehr grossflächige, fassbare und unwiderrufliche Regierungsreformen, die die Wiederaufnahme Zimbabwes in die internationale Gemeinschaft bewirken und zu Diskussionen über einen dringenden Schuldenerlass führen.

Der Lackmus-Test darüber, ob Mnangagwa und seine Regierung ihre Reformversprechen wirklich ernst nehmen, wird sich wohl in den Ergebnissen der Motlanthe-Untersuchungskommission, die die Gewaltausbrüche nach den Wahlen untersucht, zeigen. Die Kommission, die ihre öffentliche Untersuchung im Dezember abschliessen wird, wird einen Bericht zu Handen Mnangagwas einreichen. Sollte sich die Untersuchung als eine reine «Weiss-Wasch»-Übung, als Vertuschungsaktion, erweisen und sollte sie enden, ohne dass Gerechtigkeit wiederhergestellt wird und ohne dass Verantwortliche für die Entsendung der Soldaten und die Tötung der unbewaffneten Zivilisten gefunden werden, wäre eine Katastrophe. Dann werden wohl sämtliche Bemühungen für eine Wiederaufnahme in die Internationale Gemeinschaft und die Suche nach Investitionen vergebens sein. Die Zanu-PF-nahen Zeugen, unter ihnen auch Generäle, die vor der Kommission aussagten, sprachen die Soldaten von sämtlichen Missetaten frei und beschuldigten die Oppositionsführer, unter ihnen auch Nelson Chamisa, ihre Anhänger zu gewalttätigen Protesten angestachelt zu haben. Absurderweise deuteten sie an, dass die getöteten Personen von bewaffneten Unterstützern der Opposition erschossen wurden.

Aber die grösste Herausforderung, vor der Zimbabwe steht, sind die Risse innerhalb der Regierung, die sich durch das Aufkommen neuer Fraktionen bildete, eine angeblich vom Vizepräsidenten General Constantino Chiwenga, angeführt; die andere von Präsident Mnangagwa persönlich. Beim Kampf zwischen Chiwenga und Mnangagwa geht es um die Kontrolle über die Streitkräfte und um Mittel, die oft für die Aufrechterhaltung des Patronagesystems der Partei eingesetzt werden. Es ist schwer abzuschätzen, welche der beiden Parteien die Oberhand hat. Allerdings hat Mnangagwa seit seinem Wahlsieg im Juli 2018 Chiwenga kontinuierlich entmachtet, ihn als zuständigen Verteidigungsminister über die Sicherheitskräfte abgesetzt und Oppah Muchinguri mit diesem Portfolio betraut. Es gibt Gerüchte, dass Mnangagwa die Resultate der Motlanthe-Untersuchungskommission dazu verwenden wird, die Befugnisse Chiwengas noch weiter einzuschränken, da vermutet wird, dieser habe die Soldaten entsendet, die dann auf die Protestierenden schossen. Es scheint, als ob die Befürchtungen, ein erneuter Staatsstreich stehe bevor, nicht so unrealistisch sind.

Unter den Oppositionsparteien, die weniger im Fokus der Öffentlichkeit sind, ist die von Nelson Chamisa angeführte MDC-Allianz aufgrund ihres Abschneidens an den Wahlen im vergangenen Juli, wo Chamisa Mnangagwa in einem Kopf an Kopf-Rennen nur hauchdünn unterlag, weitaus die stärkste Kraft. Die MDC wird im kommenden Jahr ihren neuen Präsidenten wählen und bereits jetzt bringen sich Anführer in Position und kämpfen um Einfluss. Einige der UnterstützerInnen Chamisas fordern eine stille Wahl ohne Herausforderer, andere wiederum sprechen sich für offene und demokratische Wahlen aus.

Auf nationaler Ebene weigerten sich Nelson Chamisa und seine MDC, das Resultat der Wahlen vom vergan-

genen Juli zu anerkennen und sprechen von Wahlbetrug. Sie fochten das Resultat beim Verfassungsgericht an, welches eine öffentliche, am Fernsehen übertragene Anhörung durchführte. Das Verfassungsgericht kritisierte Chamisa stark, da dieser keine konkreten Beweise für die behaupteten Manipulationen oder Wahlbetrug vorweisen konnte, und erklärte Mnangagwa zum Gewinner der Wahlen. Trotz der Entscheidung des Verfassungsgerichts behauptet Chamisa weiterhin, das Wahlergebnis sei gefälscht worden. Er weigerte sich nicht nur, Mnangagwa als Präsidenten anzuerkennen, sondern verweigerte auch jegliche Art von Dialog zur Rettung der Wirtschaft.

Die Opposition sieht sich aber auch weiterhin mit quälenden Herausforderungen konfrontiert: Da gibt es die unzähligen kleingeistigen Abspaltungen; das Unvermögen, sich auf eine grosse Koalition einigen zu können; sowie das Versagen, Strategien zu finden, wie man der hoch militarisierten Regierungspartei Zanu-PF auf friedlichem Wege die Stirne bieten kann. Da friedfertige und innovative Ideen darüber, wie man sich engagieren kann, fehlen, verbleibt als einzige Strategie, die nächsten Wahlen in fünf Jahren abzuwarten – deren Ergebnis bereits vorhersehbar ist.

Die vorherrschende Situation bei der Zanu-PF wie auch bei der MDC sieht aus wie das Bild eines Teufelskreises, in welchem sich die Strukturen verfestigen, je mehr sich die Dinge ändern.

Natürlich: Kommt Zeit, kommt Rat. Aber das, was als Beginn eines neuen Zeitalters gepriesen wurde, kann sich auch als falsche Hoffnung erweisen.

(23. November 2018. Dewa Mavhinga, LLM Essex, ist Experte für Menschenrechte und forscht über Zimbabwe und Südafrika. Übersetzung Nora Baud.)

Ich bin kein Elefant!

Eddie Cross

Heute Morgen habe ich einen neuen MDC-Abgeordneten auf einer knapp zweistündigen Rundreise durch seinen Wahlkreis begleitet. Er hat den Wahlkreis nach einem hart umkämpften Wahlkampf mit fast 20’000 zu 12’000 Stimmen von seinem Vorgänger von der Zanu-PF gewonnen. Wir fuhren zuerst zu einer informellen Wohnsiedlung mit etwa 90’000 Menschen. Wir begannen am oberen Ende einer dichtbewohnten Siedlung, die vor etwa 15 Jahren entwickelt wurde, als Trudy Stevenson die lokale MDC-Abgeordnete war. Die Siedlung war ziemlich ordentlich und gut geplant – Strassen, aber kein Wasser; Strom, aber keine Kanalisation. Die Strassen waren meistens Schotterwege, aber mit Bäumen und Gärten und einigen sozialen Einrichtungen. Alle Häuser waren bei der Stadtverwaltung, beim Harare City Council, registriert, bezahlten Raten und hatten Eigentumsurkunden.

Aber dann besuchten wir ein Wohngebiet von beträchtlicher Grösse. Die Häuser waren in den verschiedensten Stadien von Reparatur- und Bauarbeiten. An einigen Orten gab es grosse sich im Bau befindliche Häuser der Mittelklasse, an anderen Orten wiederum dieselben Häuser des verdichteten Wohnungsbaus, die denen ähnelten, die wir zuvor gesehen hatten. In wiederum anderen Gebieten – den neueren Gebieten, hatte es nur Hütten und temporäre Strukturen. Der Abgeordnete erklärte die Ursprünge der jeweiligen Gebiete und die Gründe für die unterschiedlichen Bautätigkeiten. Dabei stellte sich heraus, dass die Mehrheit dieser informellen Wohnungen das Resultat eines von der Zanu-PF 2005 initiierten Programmes war, mit dem Ziel, die Kontrolle über die städtischen Gebiete zurück zu gewinnen.

Zu dem Programm gehörte weiter auch die Übernahme von kommerziell geführten Farmen am Rande von Städten und Dörfern. Die Kontrolle wurde ausgewählten Persönlichkeiten aus der Zanu-PF-Führungsriege zugeteilt. In den meisten Fällen wurde vom Department of Physical Planning ein Plan für das Gebiet ausgearbeitet. Die Pläne sahen die Bereitstellung von Strassen und Annehmlichkeiten sowie Dienstleistungen aller Art vor. Ebenfalls vorgesehen waren tausende kleiner

Stände für die Unterbringung. Der «Land Barron» verkaufte die Stände dann nach dem «first come first served»-Prinzip, die beteiligten Personen erhielten eine Quittung. Das Ganze wurde meistens durch eine «Wohngenossenschaft» koordiniert, die in Wirklichkeit jedoch blosse Vertreter der «Land Barrons» waren. Mit dem Kaufpreis für die Parzellen sollten die wesentlichen Dienstleistungen finanziert werden – was allerdings nicht geschah.

Die Leute, die die Parzellen kauften, mussten Parteimitglieder werden. Ihre Loyalität gegenüber der Partei wurde genau beobachtet. Bei den Wahlen stimmten diese neuen Hauseigentümer in Wahllokalen in der Umgebung ab, die überwacht wurden. Siegte bei den Wahlen ein Kandidat der Opposition, wurde eine Form von Kollektivstrafe angeordnet – bis hin zur Zerstörung der Häuser. Aber die grösste Auswirkung hatte die Erschliessung tausender Hektaren Land für den Wohnungsbau und der anschliessende Bau von hunderttausenden von Häusern – auch teilweise von der Diaspora finanziert. Der daraus entstandene Bauboom führte zu einer so grossen Nachfrage nach Zement und Backsteinen, dass es trotz einer jährlichen Produktion von über drei Millionen Tonnen Zement zu Engpässen kam.

Aber ähnlich wie die «fast track land reform» in den ländlichen Gegenden, war auch dieses Programm nicht dazu entworfen worden, den ärmsten unter den Armen zu Häusern zu verhelfen. Das Programm verfolgte vielmehr das Ziel einer annähernden totalen politischen Kontrolle zu Wahlzwecken. In den landwirtschaftlichen Gebieten führte dies zu einem Kollaps des Wirtschaftszweiges, in den städtischen Gegenden wiederum hatte es dramatische Auswirkungen auf die Volkswirtschaft und auf den Mangel an Grundwohnungen. So ist jetzt nahezu jedes urbane Zentrum von einer Kette informeller Wohnungen umschlossen. Das System ermöglichte es 2013 der Zanu-PF, den MDC zu überrollen und bescherte der Partei eine Zweidrittelmehrheit im House of Assembly und somit wieder die Kontrolle über das Land.

Aber wie alle solche Programme kreierte auch dieses System einige extrem reiche Individuen – im Grunde genommen ein neuer Kader an «Slum-Landlords», welche die Kontrolle über tausende von Personen hatten – die alle die Zanu-PF unterstützten, finanziell wie auch mit Wahlstimmen. In einigen Gegenden fungierten Schlägertruppen als Geldeintreiber und Vollstrecker.

Nach zweistündiger Fahrt durch diese informellen Siedlungen fuhren wir eine Stunde lang durch einen der wohlhabendsten Vororte des ganzen Landes. Die Rede ist von Borrowdale, die andere Hälfte des Wahlkreises des Abgeordneten. Obwohl ich während vieler Jahre in der Stadt lebte und oft auch Leute in den Häusern besuchte oder einen Kaffee in einem der unzähligen Coffee Shops trank, war ich auf das, was mich erwartete, nicht vorbereitet. Der Abgeordnete zeigte uns ein Luxusanwesen nach dem anderen – Kilometer für Kilometer unberührte, frisch geteerte Strassen, wunderschön gepflegte Gärten, Golfclubs und Häuser von solcher Grösse, dass sie ohne weiteres auch aus einer amerikanischen Millionärssiedlung hätten stammen können. Der Kontrast zu dem, was wir zuvor gesehen hatten, war frappant. Häuser, die Millionen von Dollar gekostet haben müssen, waren keine Seltenheit. Ich fragte, wer denn in diesen Villen lebte, und die Antwort erschütterte mich: «Beamte, Offiziere, Pastoren und Propheten». Sehr wenige unter ihnen sind Self-Made Unternehmer. Es gab auch eine Anzahl von Häusern aus der Zeit, als Zimbabwe noch Rhodesien war, aber diese waren weitgehend kleiner und zum Teil auch heruntergekommen.

Höhepunkt der Tour war, als wir bei dem Huas vorbeifuhren, welches der frühere Präsident Robert Mugabe bewohnt. Ich interviewte ihn 1975, als er nach 10 Jahren Haft aus dem Gefängnis entlassen wurde. Damals skizzierte er seine Vision eines sozialistischen – dem der roten Khmer nicht unähnlichen – Staates: Der kapitalistische Staat ist vernichtet, alle Menschen sind gleich, niemand hat ein übermässiges Einkommen oder Vermögen. Er befürwortete offen marxistische und leninistische Ansätze in nationalen Angelegenheiten. Er war ein echter Revolutionär.

Sein Zuhause in Harare (oder besser: eines davon, denn er besitzt mehrere) erstreckt sich über 40 Morgen Land, umgeben von einem vier Meter hohen Sicherheitszaun und abgeschirmt durch massive Tore. Das Anwesen ist kaum erkennbar, aber es hat drei künstliche Seen und ein Haus, das für seine luxuriöse Ausstattung bekannt ist und ein nach chinesischem Vorbild entwickeltes und gebautes Dach mit blauen Ziegeln hat. Das Land, auf dem es erbaut wurde, gehört zu den teuersten Grundtücken im ganzen Land. Aber mit diesem riesigen Anwesen nicht zufrieden, hat er versucht, auch noch die umliegenden Immobilien aufzukaufen.

Aber all dies half schliesslich auch nichts. Innerhalb von nur 15 Minuten im November des letzten Jahres wurden die Wachen überwältigt und Mugabe und seine Familie wurden unter Hausarrest gestellt und nach einigen Tagen ganz entmachtet.

Aber Zimbabwe und seine Schere zwischen Arm und Reich ist nicht alleine. So war heute bei BBC zu hören, dass in den USA nur ein Prozent der Bevölkerung 50% des ganzen Einkommens unter sich aufteilt. Aber in einem armen, marginalisierten Land wie Zimbabwe welches eines der niedrigsten Pro-Kopf-Einkommen der Welt aufweist, in dem die Mehrheit der Bevölkerung unter der Armutsgrenze lebt und an der Nahrungsmittelknappheit und ein Mangel an allem anderen herrscht, ist diese Art der Diskrepanz zwischen Arm und Reich in dem vorher gesehenen Ausmass abscheulich. Vor allem auch, wenn man weiss, dass dieser Reichtum nur durch Ausbeutung und Korruption erlangt werden konnte.

Der Abgeordnete zeigte sich skeptisch gegenüber den Plänen des neuen Präsidenten. Er erzählte, dass eines seiner Argumente während des Wahlkampfes darin bestand, den Menschen in den informellen Wohngebieten zu sagen, dass sie aufhören sollten, den «Land Barons» Geld zu geben und dass sie sich wehren sollten, wenn sie bedroht werden würden. Er versprach ihnen auch, dass er Eigentumsbescheinigungen beschaffen würde, wenn er gewählt würde, aber er beklagte sich, dass das zuständige Ministerium nicht mit ihm zusammenarbeite.

Ich habe gehört, dass der neue Präsident versuchen wird, die Probleme anzugehen und dass er eine massive Kampagne gegen diese Slum-Lords plant und versuchen will, den Menschen Eigentumstitel zu verschaffen. Es gibt Pläne, diese neuen Siedlungen in die Städte und Dörfer zu integrieren, sie in das Steuersystem einzubinden, Strassen zu bauen und sie an die Abfallentsorgung anzubinden sowie soziale Dienstleistungen bereitstellen. Beide Parteien stehen vor grossen Herausforderungen. Die Menschen haben die Situation, in der sie sich befinden, gründlich satt. Sie wollen Veränderungen, radikale Veränderungen. Wenn diese nicht

kommen, werden beide Parteien in Vergessenheit geraten.

All jene, die in diesen obszönen Häusern leben, möchte ich noch an die Reaktion von Julius Nyerere in Tansania erinnern. Nach seiner Pensionierung wurde ihm von der Armee eine Villa als Geschenke angeboten. Er aber wandte sich an seine Wohltäter und fragte: «Warum ist diese so gross? Denkt ihr, ich sei ein Elefant?» Er wohnte nie in dieser Villa, sondern in einem kleinen bescheidenen Haus in Dar es Salaam.

(Harare, 16. September 2018. Eddie Cross, studierter Landwirt und Ökonom, bezeichnet sich als «weissen Afrikaner», weil er in dritter Generation in Zimbabwe lebt. Seit 1999 ist er Mitglied von MDC und vertritt MDC-T für den Wahlkreis Bulawayo Süd im Parlament. Übersetzung Nora Baud.)

Im Ausnahmezustand

Eddie Cross

Ich mag mich an Zeiten erinnern, wo die Ausrufung des Ausnahmezustands beinahe immer die Antwort auf Gewalt oder politische Events war. Erreichen die Zustände aber jenen Punkt, an dem die Existenzgrundlage von Menschen auf dem Spiel steht, sollte der Staat meiner Ansicht nach die Ausrufung des Ausnahmezustandes in Betracht ziehen. Würde dies zutreffen, wäre eine solche Erklärung heute in Zimbabwe gerechtfertigt? Es ist ein interessanter Gedanke.

In vielerlei Hinsicht denke ich, dass im Land grundlegende Bedingungen herrschen, die eine solche Erklärung rechtfertigen könnten. Wäre ich 2008 Präsident gewesen, hätte ich sicherlich eine solche Erklärung abgegeben – die Inflation verdoppelte alle drei Stunden die Preise, in der Hauptstadt Harare zählten wir 150'000 Cholera-Fälle, die Tankstellen hatten kein Benzin mehr und die Geschäfte waren leer. Schulen wurden geschlossen, Spitäler verwandelten sich in Leichenhallen. Die durchschnittlichen Gehälter für den öffentlichen Dienst betrugen US$ 5 pro Monat. Strom gab es nur sporadisch. Erinnert ihr euch daran?

Heute herrschen ähnliche, wenn auch nicht gleich schlimme, Bedingungen. Die Inflation bewegt sich mit 50% pro Jahr in Richtung Hyperinflation, in Harare haben wir momentan 8'000 Cholera-Fälle, Benzin ist knapp, es kommt zu Engpässen in den Supermärkten. In den Spitälern mangelt es praktisch an allem und das verfügbare Einkommen wird immer kleiner. Oberflächlich betrachtet erscheint alles normal. Aber wenn man ein bisschen an der Oberfläche kratzt, wird deutlich, dass wir – sofern nichts unternommen wird – auf einen Crash zusteuern. Der informelle Sektor bewertete letzte Woche das Geld in den Banken (nominal US$) bei 2.2 zu 1; was eine Entwertung um 20% in nur einer Woche bedeutet. Die Woche zuvor waren es 12%. Offensichtlich seht er die Krise, auch wenn wir sie nicht sehen.

Was sollte also unternommen werden, um diese Entwicklungen rückgängig zu machen? Und weshalb? Das ist es, womit sich die vom Präsidenten gebildete Regierung, konfrontiert sieht. Können sie diese neue Krise bewältigen? Nun, das ist abzuwarten, aber alles in allem scheint der Präsident ein kompetentes Team zusammengestellt zu haben, das über einige Kapazitäten verfügt. 10 Frauen – ein gewaltiger Schritt vorwärts, 4 Professoren, 5 unpolitische Technokraten, Die Regierung wurde um 40% verkleinert und das Durchschnittsalter um 30%. Herzstück war aber die Ernennung eines international anerkannten Ökonomen zum Finanzminister.

Genauso wichtig, aber nicht in der Öffentlichkeit diskutiert ist, dass der neue Präsident auch umfassende Änderungen im öffentlichen Dienst und bei den Streitkräften vornimmt.

Die Notlage, der wir gegenüberstehen, hat viele Facetten. Vor seinem Tode meinte ich zu Morgan Tsvangirai, dass die Situation in Harare meiner Meinung nach im Wesentlichen einem Ausnahmezustand gleiche. Eine Hauptstadt mit sechs Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern in der Stadt und im Umkreis, die allesamt von wesentlichen Dienstleistungen abhängig sind. Aber nur gerade mal die Hälfte der Stadtbevölkerung hat eine sichere Wasserversorgung. Und 95% der Abwässer fliesst ungefiltert in die Rohwasserreserven. Dies stellt eine Situation dar, die – wenn sie nicht schon als Ausnahmezustand gilt, bald eine werden wird. So sieht die Situation in Harare aus. Und unweigerlich treten sowohl Cholera als auch Typhus immer wieder auf.

Als der frühere Präsident Robert Mugabe (wie gut sich das doch anhört!!) nach seinem Wahlsieg von 2013 die Anweisung gab, die Gehälter um einen Drittel zu erhöhen, verstiess er damit gegen einen der wichtigsten Grundsätze der Wirtschaft – er gab mehr Geld aus, als dass er in Steuern wieder einnahm. Er tat dies schon zuvor und gab der Notenbank einfach den Auftrag, mehr Geld zu drucken. Diese druckte schliesslich so viel Geld, dass 2008 eine Milliarde Zimbabwe-Dollar (1980 noch bei 1 bis 2 US$ Wert) nicht einmal mehr für einen Laib Brot oder eine Cola ausreichte. Mittlerweile haben wir keine Landeswährung mehr, stattdessen wird das Geld elektronisch ausgedruckt – was etwa 2 Jahre lang funktionierte, bis dass der Markt entdeckte, dass das, was sie in ihren Büchern hatten, kein richtiges Geld war.

Heute ist die Konsequenz die Hyperinflation. Morgen droht allerdings ein Zusammenbruch des Währungssystems oder sogar der ganzen Volkswirtschaft. Der Prozess zerstört den Wert, er verzerrt die Preise und vertreibt die reguläre Wirtschaft aus dem Geschäft. Als ich den neuen Finanzminister traf, sagte ich ihm, er habe einen Monat Zeit, um wesentliche Änderungen vorzunehmen. Letzte Woche meinte ein hochrangiger Banker, ihm blieben wenige Tage, um dies zu tun. In wirtschaftlicher Hinsicht ist dies ein Notfall.

Ich sehe mir regelmässig die internationalen Nachrichten an, wo die Situation in Venezuela oft thematisiert und besprochen wird - Ein potentiell reiches Land und bedeutender Ölproduzent, das dieselbe Krise durchläuft. Hier wie dort sind es dieselben Regierungspolitiken, die zu denselben Ergebnissen führten. In 2008 erlebten wir eine massive Emigrationswelle, wo die Leute das Land in Richtung Nachbarländer verliessen – gleich wie es Venezuela heute erlebt. Wenn sich die Situation hier verschlimmert, so werden die Menschen ihre Flucht in andere Teile der Welt fortsetzten.

Dann gibt es die Devisenkrise. Es hat nicht genug Geld für nichts – Weizen, Mais, Brennstoff, wichtigste Medikamente, Stromimporte. Unternehmen können keine Ersatzteile oder wichtige Rohstoffe mehr importieren, sie können ihren externen Verpflichtungen nicht mehr

nachkommen, geschweige den ihren ausländischen Shareholdern Dividenden auszahlen. Wir können für eine Zeit lang mit solchen Bedingungen umgehen Dank Vorräten, externen Kreditlimiten und der Geduld der Lieferanten. Aber irgendwann einmal wird uns die Devisenkrise einholen und, einer Schlinge um den Nacken gleich, unsere Wirtschaft langsam strangulieren.

Wir mögen zwar die die Symptome nicht erkennen, aber jeder Unternehmer, der eine harte Währung zum Überleben braucht, kennt die Anzeichen eines Notstandes – ob dieser nun ausgerufen ist oder nicht.

Eines der Hauptmotive für die Ausrufung des Ausnahmezustandes ist, dass man die normalen Kontrollen beim Entscheidungsfindungsmechanismen aufhebt und dann den Menschen klar macht, dass es gilt, Entscheidungen schnell zu treffen. Darüber hinaus verstehen die Menschen, dass der Staat in diesen Ausnahmesituationen auch schmerzhafte Massnahmen ergreifen muss, um die Situation wieder in Griff zu kriegen. Neben dem Präsidenten ist es auch der neue Finanzminister, der sich mit dieser Notlage auseinandersetzen muss. Was sind seine Aufgaben?

Zunächst hat er in naher Zukunft ein Mini-Budget zu erstellen, worin er über den Zustand des Fiskus berichtet und die Probleme detailliert beschreibt. Er muss eine klare Ausgabenanalyse im Vergleich zum Budget 2018 vornehmen und die Bereiche, in denen unmittelbarer Handlungsbedarf besteht, hervorheben. Meiner Meinung nach muss er zusätzliche Einnahmen erzielen, die Staatsausgaben auf das Wesentliche reduzieren und er hat insgesamt sicherzustellen, dass er das Haushaltsdefizit in den Griff bekommt. Dieses beträgt derzeit rund 40% aller Staatsausgaben und 16% des BIP. Solange er dies nicht in den Griff bekommt, ist kein Fortschritt möglich. Es ist wie bei einem Opfer eines Verkehrsunfalls auf der Intensivstation, wo es gilt, die Blutung zu stoppen.

Weiter muss er sich um die Devisenkontrolle kümmern. Dies deshalb, weil die Devisenkontrolle immer jenes Instrument ist, das – gleich einer Schlinge um unseren Nacken – unserer Wirtschaft die Luft abschneiden wird. Warum? Ich habe immer damit argumentiert, dass die Devisenkontrolle nur von Gaunern und der Notenbank, aber von niemandem sonst, geliebt wird. Grund dafür ist, dass das System den Transfer von Sachwerten aus dem privaten Sektor (der Wohlstand schafft) hin zu den Gaunern in unserer Mitte ermöglicht. Und davon gibt es viele. Der andere Grund ist, dass dieses System den unsichtbaren Beamten, die in den Büros in den Regierungsgebäuden und der Notenbank sitzen und die nicht arbeiten und auch sonst nicht produktiv sind, Macht gibt. Denn sie haben die Kontrolle darüber, wer wie viel (oder wie wenig) der vorhandenen harten Währung, also echtes Geld, zu einem künstlich tief gehaltenen Preis erhält.

Das bedeutet, dass sie den Reichtum umverteilen, die produktiven Sektoren einer Volkswirtschaft zerstören und die Nachfrage nach harter Währung steigern, da diese unterbewertet ist. Der einzige Ausweg ist es, die Devisenkontrolle zu verschrotten und an ihrer Stelle den Markt den Preis festlegen zu lassen und das zu verteilen, das immer ein knappes Gut sein wird.

So seltsam sich dies auch anmutet – wenn wir diese beiden einfachen Dinge tun, werden viele wenn nicht sogar die meisten unserer Probleme verschwinden. Natürlich werden wir aufräumen müssen, aber die Krise oder der Notstand sind behoben.

(Harare, 23. September 2018. Eddie Cross, studierter Landwirt und Ökonom, bezeichnet sich als «weissen Afrikaner», weil er in dritter Generation in Zimbabwe lebt. Seit 1999 ist er Mitglied von MDC und vertritt MDC-T für den Wahlkreis Bulawayo Süd im Parlament. Übersetzung Nora Baud.)

Parteien

Mujuru‘s World Crumbles

Obey Manayiti

The once powerful Joice Mujuru’s political career is collapsing like a deck of cards. Her close allies are lining up to desert her following a poor showing in the July 30 elections. Former Zanu PF politburo member and ex-Energy minister Dzikamai Mavhaire last week became the latest party official to dump Mujuru announcing he had joined the MDC Alliance led by Nelson Chamisa. The former vice-president contested her first presidential election as an opposition leader after putting together a coalition of fringe parties that constituted the People’s Rainbow Coalition (PRC) but came out severely bruised. Mujuru was humiliated in the polls won by President Emmerson Mnangagwa, her former fierce rival in Zanu PF. She blamed her loss on a skewed electoral playing field and alleged rigging by Zanu PF, but former senior NPP leaders that have abandoned her to seek new political homes in the rulling party and MDC Alliance believe she was her own worst enemy.

Itai Munyoro, a former NPP senior official, said Mujuru’s refusal to join the MDC Alliance ahead of the elections was to blame for her misfortunes. “Instead of pursuing a meaningful coalition, our party went into a coalition with relatively small parties, which only comprised of leadership alone without significant numbers at the grassroots,” he said. “Some of the parties didn’t even have structures and this didn’t add any value.” In April last year, Mujuru and late MDC-T leader Morgan Tsvangirai signed a memorandum of understanding (MoU) that signified a commitment to work together and to field one strong presidential candidate in the July elections. The two went as far as addressing a joint rally in Gweru, raising expectations that Mujuru would join the MDC Alliance to fight Zanu PF. However, the MoU did not lead to anything and the death of Tsvangirai early this year marked the end of any formal discussions between Mujuru and the MDC. Jeffreyson Chitando, another senior NPP leader who has joined MDC Alliance, said only Mujuru knew why she did not want to pursue an alliance with Chamisa. “The party before elections, well before nomination court, resolved and gave Mujuru seven days to complete the coalition talks with MDC Alliance president Nelson Chamisa, but she did not implement that resolution,” he said. “It is to her best knowledge why she did not.”

Munyoro said many people who helped Mujuru form the NPP soon after she was dumped by Zanu PF in 2004 for allegedly plotting to topple then president Robert Mugabe were not convinced by her type of politics. “A lot of people who have left both MDC and Zanu PF because of similar problems didn’t see direction of the party at all,” he said. “They despised what was happening and, hence, they ultimately withdrew their support.” Only four years ago Mujuru’s name was being mentioned among Mugabe’s potential successors. Mujuru, the youngest Cabinet minister at independence in 1980, was leading probably the most powerful faction in Zanu PF that was tussling for control of the party with then vice-president Emmerson Mnangagwa’s group.

Munyoro and Chitando said other than Mujuru’s miscalculations in the formation of the PRC, her party was heavily infiltrated by ruling party spies that destroyed it from within. “In some cases it was clear that certain people were on a mission and in others we failed to detect it,” Munyoro said. “There were a lot of infiltrators whose mission was to create problems in the party and effectively so, they worked very hard to accomplish that. This is one of the problems that we had.” Chitando said there were strong suspicions that officials that had links with state security institutions disrupted coalition talks to ensure that they would not succeed. “People felt the party was highly infiltrated by state security agents who threw spanners into the coalition talks and all the progressive moves that we would have mooted,” he said. Munyoro said propaganda that the NPP was a Zanu PF creation was also fatal for the party as some people believed the lies. “When we were being labelled a Zanu PF project, our public relations department didn’t do much to defend our brand to the extent that people started believing those lies,” he said. “We should have done better.”Mujuru’s long-time aide Gift Nyandoro refused to comment, saying he was no longer part of the NPP. “I am not placed to comment given that I have since resigned from NPP,” he said. “I thought it’s time to pursue professional and academic causes outside politics as part of inner self-reflection post recent electoral processes.”Mujuru has not commented about the disintegration of her party that has seen senior officials joining either Zanu PF or the MDC Alliance in droves.

(2 September 2018, The Standard)

Wirtschaft

Mayor Calls for Peaceful Engagement

Harare Mayor Herbert Gomba, has called for the peaceful relocation of informal traders from the Central Business District (CBD) to designated sites so as to foster peaceful co-existence. The mayor made the call on Friday as members of the Zimbabwe Republic Police (ZRP) continue to engage in cat and mouse scuffles with vendors in an effort to move them out of the CBD. The police have been reportedly firing teargas to suspected fleeing vendors while members of the public continue being caught in the crossfire. Gomba said: “While responding to stakeholder concerns over the moving of vendors from the CBD to designated areas, the HCC(Harare City Council) is encouraging peaceful engagement during this period,” said Gomba.

The mayor also said the local authority is the only institution with the mandate to allocate vending spaces to informal traders. There are reports of space barons who are charging vendors for vending stalls yet the council has its own charges. He said: “Vendors are hereby advised that only the city of Harare is the allocating authority and space has been created at Coventry Road

Holding Bay and Seke Road Bay. Registration with council for this exercise is being done to ensure orderly movement of the same." The mayor also highlighted that more sites are being made available in some neighbourhoods, with makeshift tents being purchased and erected with the help of city officials as the only authorised allocating authority being available to assist.

He called on vendors to desist from vandalising property and engaging in violence as the exercise is being carried out in an effort to restore the sunshine status of the city. "There is absolutely no need to vandalise public and private property during the relocation exercise. "Names and images of people vandalising property in the CBD have been captured and registered with law enforcement agents, he said. "The city encourages peaceful engagement and cooperation as we thrive to achieve world class city status."

Chairperson of the informal sector committee Antony Shingadeya echoed the mayor's sentiments, saying the peaceful movement of informal traders from the CBD will foster unity and engender peaceful coexistence. Shingadeya said there are over 200 trading sites spread across Harare, the newest being Coventry Bus Rank and at Corner Seke and Dieppe Road (Coke Corner). He said: "Registration for space has already begun with over 5 000 people having registered so far. Depending on demand, more spaces would be availed and … the private sector to avail space for the informal sector."

(Harare 30 September 2018, Daily News)

Zanu PF Chefs Milking Vendors

Crafty Zanu PF politicians are making a killing by allocating space at sites designated by the Harare City Council (HCC) for vendors who are being moved from the central business district (CBD) following the outbreak of cholera early this month. In the wake of the cholera outbreak which has killed nearly 50 people, government has prohibited vending in central Harare, as well as public gatherings. There have been sporadic running battles in central Harare between the vendors and police, enlisted by council to effect the ban, as city fathers attempt to mobilise the informal traders into designated vending sites.

Zanu PF hawks are now taking advantage of confusion by milking the desperate vendors, whom they are charging as much as $10 per vending space, from the $1, 25 charged by the city fathers. Harare mayor Herbert Gomba confirmed the development, saying his office had become inundated with complaints of politicians taking advantage of the embattled vendors to line their pockets. He said the politicians, who are now being referred to as "space barons", were depriving council of revenue that could have been raised from vendors' fees, making it difficult for council to maintain the infrastructure being utilised by the vendor. "We are aware that politicians have started grabbing vending stalls at our Coca-Cola vending market. Be assured this council will deal with that and resume control. This person will make sure it's done," Gomba said on his twitter account. During a media brief on Friday, Gomba said while council was asking vendors to pay $1, 25 for space they have seen circumstances where certain people have been asking them to pay $10. He called on the media to help council raise awareness among vendors so that they are not taken advantage of. "So much is being asked from them yet we are creating a market for them, a facility for them yet people are coming over to request substantial amounts from them and that is working against our engagement process," he said.

While Zanu PF spokesperson Simon Khaya-Moyo said he was hearing the allegations for the first time, he maintained that the ruling party abides by the rule of law. "I have not heard anything of that nature," he said. Heavily intimidated vendors say they have been complying with the "space barons" in a bid to set up their stalls and continue to eke out a living, away from the cat and mouse battles engulfing Zimbabwe's capital. "The registration of vendors and daily payments have for a long time been hijacked by Zanu political activists hiding behind the name of Zanu PF. Sadly, this self-enrichment exercise has continued in the so called new -dispensation," Harare vendor Enock Muripo told the Daily News on Sunday. The ongoing cat and mouse relationship between vendors and law enforcement agents, including the confiscation of their wares, has pushed many informal traders into destitution. Inadvertently, it has created social movements who are themselves racking in thousands of dollars from the heavily intimidated vendors.

HCC'sinformal sector committee chairperson Antony Shingadeya called for a peaceful and non-confrontational movement of vendors to designated sites as the city fathers move to restore Harare's Sunshine glory. He said the registration for space has already begun with over 5000 people having registered so far. "Only council officials are mandated to allocate vending spaces. Middlemen popularly referred to as space barons have no place in this fray and age," he said. "There is absolutely no need to vandalize public and private property during the relocation exercise. Names and images of people vandalising property in the CBD have been captured and registered with law enforcement agents. Depending on demand, more spaces would be availed," he added.

(Harare, 30 September 2018, Daily News)

Harare Needs $1 Billion for Repairs

Harare City Council (HCC) needs more than $1 billion to repair old, damaged infrastructure and to build two major dams the city's mayor has said. HCC mayor Herbert Gomba said council urgently requires $150 million for all pipe replacement that go to as far as western suburbs, CBD and all other areas. "We are saying $150 million for pipe replacement because we are talking of a combination of two piping systems; one for sewer and one for water. "We are also looking for around $200 million for rehabilitation of our sewer treatment plants for us to stop water discharges into our water sources. "Beyond that we also need around $1 billion for the construction of Kunzvi and Musami dams which are necessary for us to have a sustainable way of supplying water to our residents," he said. The mayor said Kunzvi and Musami dams are from an unpolluted source unlike Chivero which is downstream and has all polluted water sources flowing into it.

Speaking recently at Beatrice Road Infectious Disease Hospital, Local Government minister, July Moyo said the city must repair infrastructure to give permanence in solving the cholera epidemic. “The epidemic has given us an opportunity to make the long term plan immediate. “Looking at infrastructure of sewerage, water, refuse collection and equipment we are told that of the pipes that are here in Harare 5000 are rotten. “So we are saying the whole of Harare and the surrounding area has to be looked at to see how many more pipes need repairing. “The president has put up an inter-ministerial committee to deal with this and our long term issue is really to look at existing infrastructure and see where it is not working.”

Moyo said detection of burst sewer pipes should not only be through people reporting but through scientific and programmed replacement of infrastructure in all urban areas. “The president is concerned about reports that the city of Harare now relies on people telling them that there is a water pipe or sewer burst and have no machinery that can detect whether this has happened, independent of the reportage. “The president has said if any local authority takes time before they procure machines that detect sewer bursts I should tell him,” he said.

A report released by Amnesty International on September 12 indicates that the cholera outbreak in Zimbabwe highlights failure to invest in infrastructure. “Given what happened in 2008 the government should have been better prepared. But no lessons were learnt from the 2008 epidemic and the outbreak and deaths we are seeing now is symptomatic of a still broken-down sanitation infrastructure and poor sewer management,” the report claimed. In 2008, the cholera outbreak which claimed thousands of lives was a result of the failure to manage and repair old dilapidated infrastructure which dates back to as far as 1962, a decade later, the outbreak is a result of the same failure.

(Harare 1 October 2018, Daily News)

Government Moves to Curb Inputs Abuse

Martin Kadzere and Kuda Mhundwa

Government has come up with regulations to curb side marketing of agricultural commodities produced under its various contract farming programmes. The Agriculture Marketing Authority (Command Agriculture Scheme for Domestic Crop, Livestock and Fisheries Production) Regulations of 2018, gazetted last Friday also seek to deal with the abuse of agricultural inputs given to the farmers. This is in relation to diversion of inputs towards production of other crops not contracted. In addition, the regulations make it an offence to withhold the produce after harvest. The Government is participating in various agricultural funding programmes through Command Agriculture or Vulnerable Input Support Schemes meant to boost production.

However, the repayment rate, particularly from farmers under Command Agriculture had been low partly as a result of diversion of produce to other buyers. Such practice is prevalent in the cotton sector where private companies — despite not adequately funding production — have been targeting the crop financed by the government by offering farmers prices slightly above the official producer price. The private companies would afford to pay more since they would have not invested much. Some beneficiaries of the programmes have also been selling the inputs, such as fertilisers, while others diverted them towards production of commodities outside the contracts. This has contributed to low yields, resulting in farmers failing to produce enough crops to repay the loans. Recently, the Government warned defaulting farmers under Command Agriculture that they risked becoming ineligible to further access the inputs. Under Command Agriculture, the private sector provides funding while Government identifies farmers. When farmers sell their produce, the investor is paid off from part of the proceeds. But if farmers fail to pay back the value of the support rendered, the Government picks up the debt. Under the Vulnerable Input Support Scheme, farmers receive free inputs but there had been rampant diversion of the produce to other buyers, particularly in the cotton sector, resulting in the Government incurring losses.

Under the new regulations, provided in the Statutory Instrument 274 of 2018 gazetted last Friday, it is now a criminal offense to be found in possession of any agricultural inputs in excess of what the farmers need, unlawful sale, purchase and possession of agricultural produce or contracted crop and the misuse of farm inputs. (. . .) The regulations also make it a crime to withhold the contracted crop after harvesting. Analysts say while the regulations were a positive move towards curbing side marketing and abuse of inputs, regulatory enforcement was critical.

(22 November 2018, Herald Bussiness)

Kwekwe Machete War Claims 14

The machete wars that have been going on for the past two years in the Midlands Province mining town of Kwekwe have so far killed 14 people and injured over 100 others so far, government has confirmed. Deputy Home Affairs minister Mike Madiro told Parliament yesterday that the deaths involved artisanal miners who often have conflict over mining claims, resulting in them attacking each other with dangerous weapons. “The use of machetes indeed has claimed several lives and injured many with 14 people having died to date since January 2017 and 101 others sustained various degrees of injuries,” Madiro said in a written response to a question by MDC Mbizo legislator Settlement Chikwinya. Madiro revealed that police have since arrested seven suspects, who have since been arraigned before the courts, in connection with the murders. “Use of machetes in Kwekwe has been associated with artisanal miners who fight over transactional differences as well as disputes over mining claims emanating from cases of double allocation of claims by the Mines ministry,” he opined.

The minister also suggested that the other possible cause of the fatal violence by the artisanal miners was alcohol and drug abuse. For the past two years, Kwekwe residents have been living in fear as gold panners, who operate in mines surrounding the city, have unleashed a reign of terror hacking each other to death in broad daylight. Machete-wielding gold panners

pursuing each other usually disrupt business in the Central Business District.

As recent as September this year, a gold panner was allegedly murdered in cold blood at the Kwekwe city interchange rank following a misunderstanding. Police confirmed the murder of Comment Moyo from Vulamachena Village in Zhombe, who was stabbed five times with a suspected Okapi knife by a seven-member gang. The crime scene report showed that Moyo, who was in the company of his brothers Obert, 18, and Macdonald ,24, was drinking beer at Judith's shebeen at the rank when a fight broke out. The report indicates that Moyo was stabbed five times, twice in the left shoulder, once on the left elbow and twice on the back, killing him instantly. Last year, police had to fire warning shots to disperse a group of machete-wielding panners who were giving chase to their counterparts whom they accused of stealing their gold ore. The violence is not only limited to the city centre as it has since spread to residential areas such as Amaveni.

(Harare, 22 November 2018, Daily News)

Hwange Workers Cry Foul

Workers at Hwange Colliery were so emotional when they recently met Parliament's Mines Portfolio Committee which is chaired by legislator Temba Mliswa. The workers, who narrated sad stories about their desperate plight as they near destitution, pleaded with Mliswa for his intervention as the company is failing to pay them their pensions and salaries. "We are happy you are here as Parliament, workers here are being treated like animals. Our management doesn't respect workers. "As workers we have sacrificed our lives for this company, we need to be respected after going for five years without salaries. "We are being told that the company is now under reconstruction and they are not able to pay us. We would want to see a competent management," Hwange workers' committee chairperson Deliverance Nyoni told Mliswa's committee.

According to the workers, the situation is so bad that parents can no longer afford to take care of their families' needs like school fees, medical bills and food. "We don't have anything to feed our families, my children dropped from school because I don't have money for schools fees. We are struggling to buy food for our families," a worker who identified himself as Christopher said. The workers also said the issue of reconstruction is not benefiting them in any way. "I am not scared. I want to tell you that there are certain bigwigs who are benefiting from this crisis. The company is not insolvent, there are some who only want to benefit," Nyoni said.

Former Mines minister Fred Moyo and incumbent Mines minister Winston Chitando were fingered for destroying the company. "Chitando appointed failed managers to run this company. He took the managers he was working with at Zimasco and appointed them here. These managers caused the closure of Zimasco. These people come and run down mines and maybe one of the qualifications for becoming a minister is to run down a mine." Engineering workers' committee vice chairperson Casper Ndlovu accused the management of various corruption activities. "About 30'000 tonnes of coal were taken to Mozambique with the management saying they were looking for a customer to buy it, but up to now nothing came out of that coal. Surprisingly the storage fee was paid for the coal. There was also a spiral plant, which was sold by Hwange for $500 000, but the following year, the same plant was resold for $7 million."

Hwange was last month placed under reconstruction in a bid to set it on the course to profitability, following a number of viability challenges, which many have attributed to corruption and mismanagement. The company is heavily indebted and owes the government in excess of $150 million, amid claims that its liabilities outstrip the value of its assets.

(Harare, 26 November 20218, Daily News)

325'000 Cotton Growers Receive Inputs

Nearly 325 000 cotton growers have received inputs under the Government's Free Inputs Scheme meant to help vulnerable communities and prop up production. The Cotton Company of Zimbabwe, which is administering the programme said 324 517 farmers had already received some inputs — out of the targeted 400 000 farmers. The package of the inputs include seed, basal and top dressing fertilisers as well as chemicals. "We have progressed very well in terms of distributing the inputs and we are within our targets," Cottco operations manager Ms Marjorie Chaniwa told The Herald Business. "The criteria is to give preference to farmers who benefited last season and delivered the produce. Last season, we had situations where growers received inputs and used them on other crops while others sold the produce to other companies."

Last week, the Government came up with regulations to curb the side marketing of agricultural commodities produced under its various contract farming programmes. The Agriculture Marketing Authority (Command Agriculture Scheme for Domestic Crop, Livestock and Fisheries Production) Regulations of 2018, gazetted last Friday also seeks to deal with abuse of agricultural inputs given to the farmers. This is in relation to diversion of inputs towards production of other crops not contracted. In addition, the regulations make it an offence to withhold the produce after harvest. Ms Chaniwa said the timely disbursements of the inputs would help farmers to plant on time. "As we continue work on boosting output, we also want to enhance productivity and crop quality," she said.

In Chiredzi, 96 percent of registered farmers have received the inputs, 78 percent in Gokwe, 85 percent in Sanyati, 98 percent in Zambezi Valley, 78 percent in Chinhoyi and Kadoma and 65 percent in Mutoko. The free inputs programme is for the third year running and has boosted production from about 28 000 tonnes in 2016, the lowest in nearly two decades to 142 000 tonnes last year. Cottco's contribution to last year's national yield was around 128 000 tonnes. "We are winding up the movement of seed (raw) cotton from the buying points and we have moved about 125 000 tonnes, leaving a balance of only 3 000 tonnes which we should clear in the next two weeks," said Ms Chaniwa. Cottco is also targeting new farmers in areas where growers had abandoned the crop due to lack of

adequate funding by private companies as well as poor prices. The company recently held stakeholder meetings in Chinhoyi and Kadoma meant to encourage farmers to take up production as it targets to increase the volumes. The catchment of Chinhoyi and Kadoma used to be major cotton growing areas. The company is also reviving cotton production in areas around Mutoko.

(28 November 2018, Herald Bussiness

China

We Won't Seize Zim Assets: China

Andrew Kunambura

China has downplayed and rejected the oft-repeated charge that it is building a colonial empire in Africa in the same way European powers did in the 19th century, blaming Western countries for lying to the world that it was stripping poor countries of their national assets when they fail to clear debts owed to the Asian economic powerhouse. China — Africa's biggest trading partner — has frequently been accused of pursuing a predatory, unethical resource-driven colonialism which included extracting the continent's mineral wealth at knockdown prices to propel its economic growth. Criticism grew in the aftermath of the Forum on China-Africa Cooperation (Focac) summit which saw African heads of state trooping to Beijing early this month, where they were promised US$60 billion worth of loans to support development projects in their countries for the next three years. This is despite the fact that many countries, including Zimbabwe, have failed to repay loans and rrears extended to them under a previous facility of the same value.

Reports that China was seizing a national airport in Zambia and claiming a 60% stake in the Zambian state broadcaster as a way of recovering the loans have triggered global outrage. Zambian information minister Dora Siliya later denied the reports. Zimbabweans have similar concerns after it emerged that Harare owes Beijing upwards of US$300 million in arrears from previous loans. The news of China taking over Sri Lanka's strategic port and 15 000 hectares of land on a 99-year lease recently also raised questions and debate on the African continent about the kind of agreements African presidents are signing with China.

Fearing the worst, the South African parliament, led by the minority leader from the Democratic Alliance (DA) Mmusi Maimane, demanded to know from President Cyril Ramaphosa terms of Eskom's US$2,4 billion loan with the Chinese Development Bank. Maimane gave President Ramaphosa 14 days to table the terms in parliament "in the interest of openness and transparency." Eskom is South Africa's electricity public utility.

Amid raging tempers, a senior diplomat from the Chinese Embassy in Harare this week dismissed reports of Beijing's new conolial agenda as propaganda peddled by Western countries rattled by the Asian giant's dominance on the African market. In a detailed briefing, the diplomat told the Zimbabwe Independent in an interview on Wednesday China has no plans to seize any Zimbabwean assets despite the country failing to settle arears. He also said the loan deals did not involve host countries mortgaging their resources to China. "In the case of Zimbabwe, there is no mortgage of resources for now between China and Zimbabwe, and we never force any conditions on any country. We are equal, we are brothers and sisters," he said.

"Zimbabwe has debts and arrears to China, have we seized any assets? We have never done that. I can tell you, we will never seize assets from Zimbabwe, although there are arrears to China. We provided loans to Zimbabwe and many other African countries. I admit

the debt burden is increasing, but we never seize assets. What should be done is that if you borrow loans, you put them to good use such as invest in infrastructure and you develop the economy. If you get loans and you squander the money on consumption, and you have no projects and the economy does not develop, that is terrible. Good investments will mean that you are able to repay the loans. We have full confidence that if you wisely invest and come up with good policies and bankable projects, in two or three years, you will be able to clear the loans," he added. Western powers, the diplomat said, were spreading false information to tarnish China's image.

"We never seized the port in Sri Lanka, how can we do that? We never do that. That information came from the opposition parties in Sri Lanka and some Western countries that do not want to see us developing very close relations with our neighbouring countries because, if we go there, our influence will be expanding to the Indian Ocean and they feel threatened. So they always try to create stories. Here in Africa, it is the same thing. Since 2015, we have provided US$120 billion to finance operations in African countries. Africa and China have become closer; they (Westerners) are afraid of us. They cannot sleep and therefore they create all kinds of stories.

"Zambian leaders and South African president have both refuted the allegations, saying China has never had any such debt-trap diplomacy. They are jealous of our co-operation and they always want to create a sense of fear between China and Africa. We have to take care of our relations jealously. "They say that we want to use the loans to colonise Africa. They came here with guns and clerics and their companies. I know what they did in Zimbabwe; they occupied the land; they cheated King Lobengula into signing concessions and they killed a lot of people. Then they say the Chinese are colonialists. I am a little bit curious; do Chinese come here with guns, do Chinese kill a lot of Zimbabweans, many Africans, do Chinese ship a lot of Africans to South America, North America, to work as slaves? I raise these questions. Have we launched attacks against one North African country and seized a head of state and killed him? Do we send any fighter planes to any African country, have we launched any missiles? In Sudan, they launched a missile at one pharmaceutical company. We have never done that, so who are the colonialists here? I think it is very clear that they always want to create trouble between us.

"They are scared, that is why they are creating fake news. We will never give up. We will never accept being bullied. We are not afraid of anyone. Success is in our hands and even some of their intellectuals have agreed that China is advancing. We call upon them to lift sanctions and provide more loans to Zimbabwe without any conditions or political strings attached and help the Zimbabwean people to develop," he said.

In his address to Zimbabweans based in the United States where he is attending the annual United Nations General Assembly meeting this week, President Emmerson Mnangagwa said there was no risk that the country would fall into a Chinese debt trap since it was attracting self-financing investments.

(30 September 2018, The Independent Zimbabwe)

Zivilgesellschaft

Woza Campaigns for Free Education

Women of Zimbabwe Arise (Woza), with the support of 10 other civic society groups, have renewed its bid to fight for free-for-all basic education in the country. The Jeni Williams-led Woza has been campaigning for free basic education since 2005. In the latest development, Woza's re-launched free-for-all education campaign which runs under the theme: Education is our Heritage Campaign. Williams said it was time; the government removed the burden on struggling parents. "While Woza realise the campaign is located in a very harsh economic environment, parents and children cannot be expected to continue to carry the State obligation for ever," Williams said. "The schooling system has become totally insensitive in daily demands from the pockets of the poor exposing children to abuse by making them 'debt collectors' on behalf of the schooling system," she said.

This comes at a time education in Zimbabwe has become too expensive for long suffering Zimbabweans. The firebrand Woza leader said the main focus of this phase of the campaign is to raise awareness of citizens on the Government of Zimbabwe's obligations to "respect, protect and fulfil the right to universal education by genuinely adopting sound policy and implementation with the best interests of the child first." She appealed to government to develop a fundraising strategy and framework to deliver free basic universal education as guaranteed in Section 44, Section 75 and Section 19 (1) of the Constitution which states that the "State must take all practical measures to promote free and compulsory basic education." Williams further noted that these constitutional provisions were in alignment with regional and international treaties. "Many civic society players would be part of such a fundraising initiative and will wholeheartedly engage any international donors with Government of Zimbabwe provided funds will be properly administered and channelled towards progressive realisation of Universal Education," she said.

(Bulawayo, 27 November 2018, Daily News)

Literatur

Überleben von Frauen unter dem Mugabe-Regime

Rita Schäfer

Das alltägliche Überleben von Frauen während der autoritären Herrschaft des langjährigen Präsidenten Robert Mugabe, die Existenzsicherung in Zeiten des wirtschaftlichen Niedergangs und vielfältige Schwierigkeiten insbesondere zwischen Frauen – das sind Themen in Tsitsi Dangarembgas neuem Buch. Es beendet eine Trilogie, die 1988 mit dem international mehrfach ausgezeichneten Roman „Nervous Conditions“ („Der Preis der Freiheit“ 1991) begann. Nur wenige Jahre nach der politischen Unabhängigkeit veranschaulichte die preisgekrönte zimbabwische Autorin und Filmemacherin die problematischen Folgen der kolonialen Bildung für junge shonasprachige Mädchen, verkörpert durch die Protagonistin Tambudzai Sigauke, und deren Hoffnungen auf neue Freiheiten. Politische Machtstrukturen, Familiengeschichte und individuelle Auseinandersetzungen mit Widersprüchen und Ambivalenzen waren darin dicht verwoben. Es zählt zu den 100 wichtigsten Büchern einer BBC-Liste. Ihm folgte 2006 „The Book of Not“ über Tambudzais College-Zeit.

Auch im nun erschienen Buch „This Mornable Body“ geht es nicht um spannende Erfahrungen erfolgreicher Heldinnen, sondern auf sehr zurückhaltende Art beschreibt das Buch schwere Tage, durch die sich die selbstkritische Protagonistin Tambudzai schleppt. Sie ist inzwischen über 30 Jahre, kann aber die hohen Erwartungen nicht erfüllen, mit denen sie seit ihrer Schulbildung konfrontiert ist. Das findet schon räumlich einen Niederschlag. Viele Kapitel spielen in privaten Zimmern und Wohnungen. Die in sich gekehrte Tambudzai steht hinter Fenstern, schaut anderen zu und lässt ihren Gefühlen und Gedanken Raum. Einsamkeit, Schuldgefühle, familiäre Entfremdung und Jobprobleme belasten sie sehr. Gleichzeitig ist sie eine genaue Beobachterin ihrer Mitmenschen, dazu zählen Frauen unterschiedlichen Alters, Einkommens und Familienstands, die ihr jeweiliges Schicksal ertragen oder zu gestalten versuchen. Durch die Protagonistin begegnen wir Hausbesitzerinnen und Mitbewohnerinnen, Geschäftsfrauen, Lehrerinnen, Müttern und Schülerinnen verschiedener Herkunft. Viele ertragen Unterdrückung oder Gewalt, jedoch wird die Protagonistin selbst gegenüber einer Schülerin handgreiflich, so dass diese schwere körperliche Schäden davon trägt. Eine psychische Krise und Zuflucht bei einer unterstützenden Verwandten bleiben nicht aus.

Männer spielen in dieser problematischen weiblichen Beziehungslandschaft nur am Rande eine Rolle: in einem Fall als unterstützender Ehemann, ansonsten als egoistische Söhne, Schläger und Vergewaltiger. Obwohl auch sie von starren und lähmenden Strukturen umgeben sind, nutzen sie ihre Macht nicht zu deren Veränderung. Dangarembga thematisiert die bedrückenden gesellschaftlichen Verhältnisse, unter denen vor allem Frauen leiden, und fordert zur Überwindung von Gewaltmustern auf.

Tsitsi Dangarembga: This Mornable Body, Graywolf Press, Minneapolis, 2018.

Blitzlichter auf die Geschichte

Rita Schäfer

Hell beleuchtet wird sie – die brutale Gewalt, die Ndebele sprechende Menschen Anfang der 1980er Jahre durch die fünfte Brigade erlitten. Über 20‘000 wurden zu Tode gemartert – viele wurden nachts in ihren eigenen Häusern verbrannt oder in berüchtigten Lagern gefoltert. Diejenigen, die Terror und Grausamkeiten überlebten, sind auch Jahrzehnte später körperlich und psychisch gebrochen. Das „House of Stone“, so der Titel des neuen Romans von Novuyo Rosa Tshuma, bietet ihnen keinen Schutz. Im Gegenteil - die junge Autorin aus Bulawayo nimmt ihre Leserinnen und Leser mit auf eine Reise in die dunklen Abgründe der Erinnerungslandschaften, die sich in die Seelen der Überlebenden eingegraben haben.

Aus der Sicht des Protagonisten Zamani tasten wir uns an die Massengewalt im Matabeleland heran. Er wurde bei einer Vergewaltigung gezeugt; sein Vater, „Black Jesus“ genannt und ein Kommandant der fünften Brigade, nutzte junge Mädchen sexuell aus. Deren Überlebenschancen waren dennoch gering. Nur der couragierte Einsatz einzelner Menschen rettete dem Neugeborenen Zamani das Leben. „Black Jesus“ und andere Killer wurden nie für ihre Verbrechen bestraft. Und so haben viele Familien ein Schweigegebot über die Vergangenheit erlassen, das Zamani beharrlich und mit emotionaler Erpressung zu lüften versucht.

Er mischt sich in die Familie seiner Vermieter Agnes und Abednego ein, deren Sohn Bukhosi vermisst wird. Er hatte gemeinsam mit Zamani an einem Treffen junger Leute in Bulawayo teilgenommen, die politische Veränderungen wollten und sich dabei auf die Geschichte des vorkolonialen Ndebele-Königtums bezogen. Über die Gukurahundi-Massaker Anfang der 1980er Jahre wurde in den Elternhäusern dieser „born frees“ geschwiegen. So verknüpft die Autorin die Jetztzeit mit historischen Phasen im Westen Simbabwes. Aber in diesem Roman ist kein Platz für Helden und Gewaltopfer werden nach Jahren selbst zu Tätern.

In der Konfrontation zwischen Schwarzen und Weissen geht es weniger um die Landfrage, vielmehr bricht die Autorin auf der familiären Ebene mehrfach koloniale Schuldzuschreibungen. Konfliktreiche Geschlechter- und Generationenbeziehungen sind dabei untrennbar miteinander verzahnt. In diesem spannungsreichen Familienpsychogramm hat die Moral wenig Platz, Ehebruch mit einem Pastor kommt darin ebenso vor wie die Ausnutzung emotionaler Abhängigkeit durch den ehrlosen Kirchenvertreter.

Novuyo Rose Tshuma, die in Bulawayo aufwuchs, an der Witwatersrand Universität Wirtschaft und anschließend in den USA Literaturwissenschaften studierte, mutet ihrer Leserschaft durch ihre sinnliche Sprache viel zu. Doch wer literarisch nachvollziehen möchte, wie politisch motivierte Gewalt körperliche und psychische Gewaltmuster in Zimbabwe gefördert hat, dem sei dieser Roman empfohlen. Tshumas 2013 erschienene

Jahresbeitrag 2018 *

Wir danken den Mitgliedern der Vereinigung Schweiz-Zimbabwe, die ihren Jahresbeitrag bereits bezahlt haben. Wir bitten jene, die noch keine Möglichkeit dazu gehabt haben, vom beiliegenden Einzahlungsschein Gebrauch zu machen. Besten Dank im Voraus.

- 30 Fr. für Einzelpersonen
- 50 Fr. für Familien
- 100 Fr. für Organisationen

Mit ihrem Beitrag ermöglichen sie es der Vereinigung, ihre Aktivitäten weiterzuführen und den Kontakt und Austausch zwischen SchweizerInnen und ZimbabwerInnen zu fördern.

Annual Membership Fee 2018 *

We thank the members of the Swiss-Zimbabwean Friendship Association who have paid their annual membership fee. We kindly ask those who have not yet had an opportunity to do so to make use of the enclosed paying-in slip.

- 30 Swiss francs for individuals
- 50 Swiss francs for families
- 100 Swiss francs for collective members

With your contribution you enable the Association to continue with its activities and to enhance contacts and exchange between Swiss and Zimbabwean nationals.

* All jene, die den Jahresbeitrag schon einbezahlt haben, können diese Aufforderung ignorieren.
If you have paid your annual fee, please ignore this request.

Kurzgeschichtensammlung „Shadows“ wurde bereits mehrfach preisgekrönt, in ihrem neuen Buch stellt die junge Autorin abermals ihr schriftstellerisches Können unter Beweis.

Novuyo Rosa Tshuma: House of Stone, Atlantic Books, London 2018.

Freud und Leid des Volkes teilen

Im Dezember 1972 begann im damaligen Rhodesien der bewaffnete Befreiungskampf. Die Missionare der Missionsgesellschaft Bethlehem waren davon sehr betroffen, lagen doch viele Missionsstationen im umkämpften Gebiet, was viele Missionare zu einer heiklen Gratwanderung zwang und zu einigen Todesfällen führte. Und nur zwei Monate vor der Unabhängigkeit wurden die Gebäude und die Druckerei der Mambo Press durch einen Anschlag zerstört. Das Buch gibt interessante Einblicke in diese Zeit, auch durch die Fotos.

Josef Elsener, Bruno Soliva, Freud und Leid des Volkes teilen, vom Umgang mit dem Unabhängigkeitskrieg in Rhodesien/Simbabwe und der Apartheid in Südafrika, rex verlag luzern, 2017

12. Januar 2019 in Zug

Letzte Jahresversammlung

15 Uhr statutarischer Teil

16 Uhr Apéro

16.30 Uhr Fotoserie mit Tendai Matare und Referat von Barbara Müller

18 Uhr Sadza nenyama von Dusty Kohler und HelferInnen

(Eine separate Einladung liegt bei.)

Impressum:

Vereinigung Schweiz-Zimbabwe
Swiss-Zimbabwean Friendship Association
c/o J. Brogli, Bethlehemweg 10, 6405 Immensee
PC 40-16370-6
Redaktion: Gertrud Baud, Joe Brogli
Fotos (Blickfänge – eye-catchers): fepa (Barbara Müller): S. 3, 12, 17; Eleonora Matare: S. 6, 9
Layout: Joe Brogli, Gertrud Baud
Druck: Missionshaus Bethlehem Immensee
Versand: Joe Brogli
Rundbrief im Internet: www.afrikakomitee.ch/vereinigung-schweiz-zimbabwe

Unsere Quellen sind u. a.:

- www.zimbabwesituation.com
- www.eddiecross.com
- www.wozazimbabwe.org
- www.daily-news.co.za
- www.allafrica.com/zimbabwe
- www.thezimbabwean.co.uk
- www.kubatana.net